

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 18

vom 8. Mai 2015

Redaktion: Katja Richardt

Gesundheit und Verbraucherschutz

Strahlenklinik AK St. Georg: Vorwürfe wegen fehlender Indikation und zu hoher Dosierung nicht haltbar – Unterbestrahlungen und mangelhafte Dokumentation bestätigt	2
Senatorin Prüfer-Storcks eröffnet Neubauten am Ev. Amalie Sieveking-Krankenhaus	4
Hamburg setzt Impulse im Verbraucherschutz	5

Schule, Jugend und Berufsbildung

Mobiles und digitales Lernen mit den Bücherhallen Hamburg	7
Lernerfolg von Schülern verbessern: Bereits über 220 Schulmentoren an 27 Schulen	9
Neues Gymnasium für Altona	11

Wirtschaft und Hafen

3,7 Mio. Euro vom Bund für Landstromanlage Altona	13
Hamburg ist 63. Mitglied im europäischen Netzwerk der gentechnikfreien Regionen (Charta von Florenz)	14

Kultur

Kultursenatorin Kisseler hat Pierre Boulez Bach-Preis überreicht	16
80.000 Euro für Kinder- und Jugendkultur	20
"Anlage - Kultur bewegt" 2015: 80.000 Euro für 24 Kinder- und Jugendkulturprojekte	22
Kultur als grundlegender Baustein für Olympische Spiele in Hamburg	27
Künstlerisches Sommerprogramm der Stadtkuratorin	30
Erster Hamburger Theaterempfang in Berlin	32

Bund

933. Sitzung des Bundesrates	34
------------------------------------	----

Zur Information

Terminkalender	40
----------------------	----

5. Mai 2015/bgv05

Strahlenklinik AK St. Georg: Vorwürfe wegen fehlender Indikation und zu hoher Dosierung nicht haltbar – Unterbestrahlungen und mangelhafte Dokumentation bestätigt

Gutachter klärt Kritik einer Prüfkommision an der Behandlung in der Strahlenklinik der AK St. Georg

Die Beanstandungen einer Prüfkommision der Ärztlichen Stelle, in der Strahlenklinik der Asklepios Klinik St. Georg seien Patienten ohne rechtfertigende Indikationen und in zu hoher Dosierung bestrahlt worden, sind nicht haltbar. Die strahlentherapeutischen Maßnahmen der Klinik sind mit den jeweils gültigen Leitlinien vereinbar und nicht zu beanstanden. Allerdings liegen erhebliche Mängel bei der Dokumentation von Befunden, Behandlungen und Aufklärung der Patientinnen und Patienten vor. Außerdem gibt es Defizite hinsichtlich der gebotenen systematischen Nachsorge der Bestrahlten.

Das sind die Ergebnisse eines Gutachtens, das die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) bei Prof. Dr. Bernhard Kimmig in Auftrag gegeben hat. Prof. Kimmig ist emeritierter Inhaber des Lehrstuhls für Strahlentherapie an der Universität Kiel, ehemaliger Direktor der dortigen Klinik für Strahlentherapie und Leiter der ärztlichen Stelle Schleswig-Holstein.

Das Gutachten bestätigt die Unterbestrahlungen bei zehn Patienten. Die Asklepios Klinik St. Georg hatte selbst Bestrahlungen in zu geringer Dosis in der strahlentherapeutischen Abteilung in den Jahren 2010 bis 2013 festgestellt und im März 2013 gegenüber der BGV gemeldet. Es handelte sich um Fälle in der Brachytherapie, die überwiegend als Palliativbehandlung zur Schmerzlinderung eingesetzt wird. Seitens der BGV wurde daraufhin das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) informiert und es wurden umgehend Maßnahmen ergriffen, um weitere Unterbestrahlungen auszuschließen. Prof. Kimmig benennt als Ursache für die Unterbestrahlungen eindeutig einen Bedienungsfehler durch den verantwortlichen Medizin-Physiker und kritisiert, dass die Prüfkommision diese Verantwortung nicht eindeutig zugeordnet habe. Er erklärt, dass die Unterdosierung in keinem Fall zum Tod einer Patientin oder eines Patienten geführt hat.

„Durch das Gutachten haben wir nun Klarheit bezüglich der sehr komplexen medizinischen Fragen und der erheblich gegeneinander stehenden Standpunkte der Klinik und der Ärztlichen Stelle. Entsprechend meiner Ankündigung, für Aufklärung zu sorgen und Missstände abzustellen, habe ich das Gutachten heute der Bürgerschaft zugeleitet“, erklärte **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Es ist für die betroffenen und künftigen Patientinnen und Patienten eine gute Nachricht, dass nun wesentliche Vorwürfe gegen die Klinik ausgeräumt sind. Die Vorgänge haben durchaus zu Verunsicherung geführt. Allerdings sind auch die verbliebenen Kritikpunkte keine Kleinigkeiten. Patientinnen und Patienten haben ein Anrecht auf ordnungsgemäße Dokumentation und Nachsorge.“

Schlampereien bei der Patientenakte können Behandlungsfehler nach sich ziehen und sind inakzeptabel.“

Die Senatorin kündigte Konsequenzen aus dem Gutachten an: Neben der Einführung einer elektronischen Patientenakte für die Strahlentherapie hat Asklepios die vom Gutachter empfohlene externe Zertifizierung der Klinik für Strahlentherapie zur Verbesserung der Abläufe und Dokumentation zugesagt. Über die Ärztekammer sei bereits eine weitere umfassende Überprüfung der Strahlenklinik durch die Ärztliche Stelle veranlasst worden. Diese soll allerdings mit einem anderen Prüfteam durchgeführt werden.

In Zukunft soll die Ärztliche Stelle zudem die Auswahl von Gutachtern und die Zusammensetzung der Prüfkommision mit der Gesundheitsbehörde abstimmen. Bei der Verpflichtung von Prüfern soll durch eine schriftliche Erklärung ausgeschlossen werden, dass Beziehungen zwischen Prüfern und der zu prüfenden Einrichtung bestehen, die zu einem Interessenkonflikt führen können.

Die Gesundheitsbehörde zieht damit Konsequenzen aus der Feststellung des Gutachters, es habe bei der Prüfung einen inakzeptablen Interessenkonflikt des Vorsitzenden der Prüfkommision gegeben. Dieser hatte im Prüfzeitraum mit der Geschäftsführung der AK St. Georg Verhandlungen über eine eigene Brachytherapie-Abteilung geführt. Der Gutachter kritisiert außerdem, dass bereits frühere Prüfkommisionen die schlechte Führung der Patientenakten bemängelt, dies aber weder der Gesundheitsbehörde gemeldet noch selbst abgestellt hätten.

Zum Hintergrund:

Die Ärztliche Stelle ist eine gemeinsame Einrichtung von Ärztekammer Hamburg und Kassenärztlicher Vereinigung Hamburg. Sie überprüft im Auftrag der BGV regelmäßig Einrichtungen auf die Einhaltung von Röntgen- und Strahlenschutzverordnung und zu Fragen der Qualitätssicherung.

Im November 2014 hatte die Ärztliche Stelle der BGV einen umfangreichen Prüfbericht zur Strahlenklinik in der AK St. Georg vorgelegt, in dem erhebliche Mängel in 76 Fällen aufgelistet wurden. Die Klinik hatte die Beanstandungen in einer Stellungnahme im Wesentlichen bestritten, die Behörde daraufhin Prof. Kimmig als Gutachter eingeschaltet.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt, Tel.: 040/ 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

7. Mai 2015/bgv07

Senatorin Prüfer-Storcks eröffnet Neubauten am Ev. Amalie Sieveking-Krankenhaus

Hamburg fördert Baumaßnahmen mit knapp 36 Millionen Euro

Nach über dreijähriger Bauzeit nimmt das Ev. Amalie Sieveking-Krankenhaus in Hamburg-Volksdorf seine modernisierten und erweiterten Räumlichkeiten in Betrieb. Die offizielle Eröffnung findet am 8. Mai 2015 im Beisein von Hamburgs Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks statt. Die Freie und Hansestadt Hamburg hat die Baumaßnahmen durch die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) mit 35,7 Millionen Euro gefördert. Der Krankenhausträger finanziert weitere rund zehn Millionen Euro.

„Hamburg ist der zentrale Gesundheitsstandort der Metropolregion – auch und insbesondere in der Not- und Unfallversorgung. Um die Patientinnen und Patienten bestmöglich zu versorgen braucht unsere Stadt moderne Krankenhäuser“, sagt **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Das Ev. Amalie Sieveking-Krankenhaus hat mit den Neubauten einen großen Modernisierungsschritt vollzogen. Die Behandlungsabläufe werden dadurch optimiert und die Qualität in der Patientenversorgung wesentlich verbessert.“

Auf einer Fläche von rund 6.700 Quadratmetern sind über 200 Räume für zahlreiche Bereiche neu geschaffen worden. Die neuen Gebäude beherbergen eine moderne Not- und Unfallaufnahme und vereinen unter anderem Patientenaufnahme, Radiologie, Innere Medizin, Intensivmedizin, Geriatrie und geriatrische Tagesklinik nebst Therapieflächen sowie die Funktionsdiagnostik unter einem Dach. Es ist das bisher größte Bauvorhaben in der Geschichte des Ev. Amalie Sieveking-Krankenhauses.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

8. Mai 2015/bgv08

Hamburg setzt Impulse im Verbraucherschutz

Verbraucherschutzministerkonferenz beschließt Initiativen zur Verbraucherinformation, privater Altersorge, Wohnimmobilienkrediten und Werbung im Internet

Vom 6. bis zum 8. Mai trafen sich die für den Verbraucherschutz zuständigen Landesministerinnen und –minister bzw. Senatorinnen und Senatoren zur 11. Verbraucherschutzministerkonferenz (VSMK) in Osnabrück. Hamburg hat sich durch Verbraucherschutzsenatorin Cornelia Prüfer-Storcks im Rahmen der Konferenz mit mehreren beschlossenen Anträgen erfolgreich für einen stärkeren Verbraucherschutz eingesetzt. Im Fokus standen dabei Initiativen zur Verbraucherinformation, privaten Altersorge, Begrenzung der Vorfälligkeitsentschädigung bei Wohnimmobilienkrediten und zur Werbung im Internet.

„Wir wollen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher auf der Basis verbindlicher und vergleichbarer Informationen selbstständig Entscheidungen treffen können“, so **Hamburgs Verbraucherschutzsenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Dies gilt ebenso im Bereich von Lebensmitteln, wie auch bei der Altersvorsorge oder beim Einkauf im Internet. Zu guter Information gehört dabei auch, dass es einen gesetzlichen Rahmen gibt, der Verbraucherinnen und Verbraucher schützt, sowohl vor übermäßigen finanziellen Belastungen, wie auch vor penetranter unerwünschter Werbung.“

Verbraucherinformation und Transparenz im Lebensmittelbereich

Hamburg hat gemeinsam mit anderen Ländern vom Bund rechtssichere und umsetzbare Regelungen zur Information der Verbraucher bei Überschreitung von Grenzwerten oder im Falle von Täuschung im Rahmen der Lebensmittelüberwachung gefordert und der Antrag wurde in der Konferenz beschlossen. Zudem soll die Bundesregierung die Voraussetzungen für mehr Transparenz im Bereich der Lebensmittelüberwachung schaffen. So fordert die VSMK auf Antrag Hamburgs, dass rechtliche Grundlagen für die Einführung eines Systems geschaffen werden, mit denen die Verbraucherinnen und Verbraucher über die Ergebnisse der amtlichen Lebensmittelkontrollen informiert werden können.

Senatorin Prüfer-Storcks: „Die überwiegende Zahl der Verbraucherinnen und Verbraucher möchte wissen, wie die hygienischen Bedingungen in Restaurants oder Cafés sind, die sie aufsuchen. Sie sollten deshalb die Möglichkeit haben, sich einfach und vergleichbar über die Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen zu informieren.“

Der besseren Information bzw. Stärkung der Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher dient auch ein weiterer Beschluss: die Forderung nach der Einführung einer Kennzeichnungspflicht von Produkten von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefüttert werden. Hierzu bedarf es allerdings einer europäischen Regelung, für deren Schaffung sich nach Beschluss der VSMK die Bundesregierung einsetzen soll.

Begrenzung der Vorfälligkeitsentschädigung bei Wohnimmobilienkreditverträgen

Arbeitslosigkeit, Scheidung oder Krankheit – das sind häufig Ursachen, bei denen Verbraucherinnen und Verbraucher sich von ihrem Traum vom Eigenheim verabschieden müssen. Außer von den eigenen vier Wänden müssen sie sich dann in der Regel auch vorzeitig von ihrem Kreditvertrag trennen bzw. diesen kündigen. Dafür stellen die Banken eine sogenannte Vorfälligkeitsentschädigung in Rechnung. Aufgrund der in den vergangenen Jahren stark gesunkenen Zinsen ist die durchschnittliche Höhe dieser Entschädigungszahlungen drastisch gestiegen und beträgt häufig mehr

als zehn Prozent des noch ausstehenden Kreditbetrages. Das stellt die betroffenen Verbraucherinnen und Verbraucher zum Teil vor existenzielle Probleme.

Senatorin Prüfer-Storcks: „Vor übermäßigen Auswüchsen bei der Vorfälligkeitsentschädigung, die aus extremen Zinsentwicklungen resultieren, müssen die Verbraucherinnen und Verbraucher geschützt werden. Wir wollen erreichen, dass die betroffenen Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer zukünftig die Auswirkungen solcher Kapitalmarktentwicklungen nicht mehr ganz alleine zu tragen haben.“

Auf Antrag Hamburgs hat die VSMK die Bundesregierung aufgefordert zu prüfen, wie die Höhe der Vorfälligkeitsentschädigung bei extremen Belastungen auf ein angemessenes Niveau zu begrenzen ist. Außerdem werden rechtlich verbindliche Vorgaben für die Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung angemahnt, um so die Rechtssicherheit und Transparenz für die Beteiligten zu erhöhen.

Handlungsbedarf bei der staatlich geförderten privaten Altersvorsorge

Die Riesterrente ist rund dreizehn Jahre nach ihrer Einführung weit von der angestrebten flächendeckenden Verbreitung entfernt. Auf Antrag Hamburgs wird die Bundesregierung aufgefordert, ihrem Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, die staatlich geförderte private Altersvorsorge verbraucherfreundlicher zu gestalten, nun auch Taten folgen zu lassen.

Senatorin Prüfer-Storcks: „Wir wollen das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in die staatlich geförderte private Altersvorsorge stärken. Hierfür bedarf es aber Verbesserungen bei der Riesterrente, damit diese an Attraktivität für die breite Bevölkerung gewinnt.“

Die VSMK hat sich auf Antrag Hamburgs dafür ausgesprochen, dass neben einer Begrenzung der Verwaltungskosten auch die Beantragung der staatlichen Zulage vereinfacht wird. Zudem soll die Förderfähigkeit an gewisse Mindestvoraussetzungen der angebotenen Produkte, z.B. hinsichtlich der Kosten, Transparenz und Flexibilität für die Verbraucherinnen und Verbraucher, angeknüpft werden.

Personalisierte Werbung im Internet

Personalisierte Werbung ist für den Internethandel und für Dienstleistungsunternehmen eine effiziente Form der Werbung und vielfach ein erfolgreiches Geschäftsmodell. Die Auswertung des Kundenverhaltens zur Schaltung konkreter Werbung ermöglicht aber auch ein hohes Maß an Verbraucherbeeinflussung. Die Erhebung und Verwendung von persönlichen Daten der Kundinnen und Kunden erfolgt in vielen Fällen u.a. über sogenannte „Cookies“ auf dem Computer, Tablet oder auf anderen Endgeräten, ohne dass die Verbraucherinnen und Verbraucher etwas davon mitbekommen oder vorher zugestimmt haben.

Hierzu hat die VSMK auf einen Antrag aus Hamburg die Bundesregierung um Prüfung gebeten, wie die Verbraucherinnen und Verbraucher vor der nicht erwünschten Erhebung und Verwendung persönlicher Daten im Rahmen personalisierter Werbung im Internet etwa durch einen Einwilligungsvorbehalt wirksamer als bisher geschützt werden können.

Weitere Informationen zur VSMK stehen unter www.verbraucherschutzministerkonferenz.de/ zur Verfügung.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

5. Mai 2015/bsb05

Mobiles und digitales Lernen mit den Bücherhallen Hamburg

Neue Kooperation mit der Behörde für Schule und Berufsbildung

Die Behörde für Schule und Berufsbildung und die Bücherhallen Hamburg haben heute eine neue Kooperation vorgestellt. Als neuer Kooperationspartner sind jetzt auch die Bücherhallen Hamburg im Pilotprojekt ‚Start in die nächste Generation‘ dabei. Alle beteiligten Schüler und Schülerinnen der Pilotschulen können bis Projektende (Juli 2016) die Angebote der eBuecherhalle für Unterricht und Freizeit kostenlos nutzen. In Ergänzung dazu werden für Lehrerinnen und Lehrer passende Fortbildungsmodule angeboten, um schülerrelevante und qualitätsgeprüfte Online-Servicedienste der eBuecherhalle unterrichtlich einzusetzen.

Schulsenator Ties Rabe:

„Das Hamburger Bildungssystem wird sicherstellen, dass die Schülerinnen und Schüler mit digitalen Medien arbeiten und lernen können. Digitale Bildung in der Schule dient einerseits der Entwicklung von Medienkompetenz und andererseits der Vorbereitung auf die zukünftigen beruflichen Anforderungen. Medienkompetenz ist unverzichtbar für die selbstbestimmte, aktive und kritische Teilhabe innerhalb einer stark digitalisierten Welt. Dabei sind digitale Angebote ein wesentlicher Bestandteil des lebenslangen Lernens. Mit den Bücherhallen Hamburg haben wir einen wichtigen Kooperationspartner an unserer Seite, um digitale Angebote sowohl in der Schule als auch außerschulisch zur Verfügung stellen zu können.“

Hella Schwemer-Martienßen, Direktorin der Bücherhallen Hamburg:

„Bücherhallen und Schule ergänzen sich bei der Förderung von Recherchekompetenz in idealer Weise. Schulen verfügen über das pädagogische Know-how, Bücherhallen kennen sich aus, wenn es um die Auswahl und Erschließung von Medien und die Vermittlung von Informations- und Medienkompetenz geht. Der gesellschaftliche Wandel erfordert, digital vermittelte Informationen auszuwählen, zu verstehen, zu nutzen und zu kommunizieren. Als langjähriger Bildungspartner unterstützen die Bücherhallen Hamburg die Projektschulen mit ihrem Wissen.“

Bei den Bücherhallen Hamburg gibt es Fachleute für die Informationssuche in Printmedien und im Internet, die die Projektschulen beim Einsatz digitaler Medien in der Schule und bei der Förderung von Informations- und Recherchekompetenz unterstützen können. Als wichtiger außerschulischer Lernort bieten die Zentralbibliothek am Hühnerposten und ausgewählte Stadtteilbibliotheken (Alstertal, Elbvororte, Farmsen, Harburg, Wandsbek) Recherchetrainings für Schulklassen an. Lernziel ist, geeignete Suchstrategien zu entwickeln und geeignete Informationsquellen effektiv und jenseits von Google und Wikipedia zu nutzen.

Die eBuecherhalle umfasst eine Vielzahl von Informationsangeboten, die mobil und digital nutzbar sind: Deutsch- und fremdsprachige eMedien, Presse online, Munzinger - Länder und Leute, Fachdatenbanken, Online-Kurse und das Streamen von Musik. Alle Angebote der eBuecherhalle sind für Kunden über www.buecherhallen.de kostenlos.

Das Pilotprojekt 'Start in die nächste Generation' ist im August 2014 gestartet: An drei Stadtteilschulen (Ilse-Löwenstein-Schule, Stadtteilschule Oldenfelde und Schule Maretstraße) und drei Gymnasien (Ohmoor, Altona und Osterbek) bringen die Schüler und Schülerinnen ihr privates, mobiles Gerät mit in die Schule (,Bring Your Own Device – BYOD') und nutzen dieses im Unterricht und zu Hause zum Lernen.

Für Rückfragen:

Bücherhallen Hamburg
Markus Franke, PR / Öffentlichkeitsarbeit
Fon: 040 - 42 606 - 121
E-mail: markus.franke@buecherhallen.de
www.buecherhallen.de

Behörde für Schule und Berufsbildung
Peter Albrecht, Pressesprecher
Fon: 040 / 428 63 - 2003
E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de
www.hamburg.de/bsb

5. Mai 2015/bsb05a

Lernerfolg von Schülern verbessern: Bereits über 220 Schulmentoren an 27 Schulen

Bildungssenator Ties Rabe dankte Schülerinnen und Schülern, Eltern und externen Ehrenamtlichen für ihr Engagement

Rund 250 Beteiligte des Projekts „Schulmentoren – Hand in Hand für starke Schulen“ kamen in der Stadtteilschule auf der Veddel zusammen, um ein Jahr nach dem Startschuss eine erste Bilanz zu ziehen. Das Projekt unterstützt 27 Hamburger Schulen in sozial benachteiligten Stadtteilen dabei, ein eigenes Mentoren-System aufzubauen. Hierfür werden Schülerinnen und Schüler, Eltern und externe Ehrenamtliche von Mitarbeitern der Schulbehörde und des Vereins Koordinierungsstelle Weiterbildung und Beschäftigung (KBW) zu Schulmentoren qualifiziert. Ziel ist es, den Lernerfolg von Schülern zu verbessern und ihnen eine umfassende Hilfestellung während der gesamten Schullaufbahn zu geben. Mittlerweile sind bereits mehr als 220 Mentoren an den 27 Schulen aktiv.

Bildungssenator Ties Rabe dankte den Eltern- und Schülermentorinnen und -mentoren und den Ehrenamtlichen für ihr Engagement. Schule habe sich verändert, so der Senator in seiner Rede, von einer Lehranstalt hinter hohen Mauern, in der Schüler, Lehrkräfte und Eltern wenig gemein hatten, hin zu einer Schulgemeinschaft, in der alle an einem Strang ziehen. „Heute wissen wir: Nur so kann Schule funktionieren: Miteinander statt gegeneinander, auf Augenhöhe statt von oben herab, unter Berücksichtigung der verschiedenen Blickwinkel statt mit Tunnelblick. Und nur so kann Schule sich weiterentwickeln“, betonte Rabe. Im Anschluss an den offiziellen Teil der Veranstaltung hatten die Teilnehmer die Gelegenheit, sich an den von den Projektschulen gestalteten Plakatwänden über den jeweiligen Projektstand zu erkundigen. In der Aula der Stadtteilschule tauschten sich Eltern- und Schülermentoren aus den 27 beteiligten Projektschulen, Schulleitungen und schulische Projektkoordinatoren über ihre Arbeit aus.

Über das Projekt:

Das Projekt „**Schulmentoren – Hand in Hand für starke Schulen**“ läuft seit April 2014 und bis Ende September 2017 und wird aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und von der Freien und Hansestadt Hamburg finanziert. Ziel ist es, den Lernerfolg von Schülern zu verbessern und ihnen eine umfassende Hilfestellung während der gesamten Schullaufbahn zu geben. Hierfür werden ausgewählte Schulen in sozial benachteiligten Stadtteilen dabei unterstützt, ein eigenes Mentoren-System aufzubauen. Während die Hamburger Behörde für Schule und Berufsbildung für die Unterstützung der Schulen beim Aufbau des Mentoringssystems zuständig ist, verantwortet der freie Träger KWB Koordinierungsstelle Weiterbildung und Beschäftigung e.V. die Qualifizierung der Mentorinnen und Mentoren.

Das Projekt „Schulmentoren“ ist Teil des Programms „23+ Starke Schulen“, welches die Behörde für Schule und Berufsbildung zur umfassenden Unterstützung von Schulen aus Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf ins Leben gerufen hat.

Im ersten Projektjahr konnten mehr als 200 Mentorinnen und Mentoren gewonnen werden. Nach einer Basisqualifizierung durch die KWB haben die Mentoren nun ihre Arbeit an den Schulen aufgenommen. Als Elternmentoren beraten Sie andere Eltern zu Fragen im Schulalltag, organisieren Elterncafés oder vermitteln als Dolmetscher in Elternabenden und im Rahmen von Elterngesprächen. Schülerinnen und Schüler unterstützen im Rahmen des Mentoringprogramms zum Beispiel beim richtigen Packen der Schultasche, arbeiten Unterrichtsstoff gemeinsam nach oder geben Tipps für die Wahl des geeigneten Oberstufenprofils. Und auch externe ehrenamtliche Mentoren sind aktiv: Sie sind Lese- und Lernhelfer, bieten Unterstützung bei der Berufsorientierung oder wirken als Freizeitpaten. An jeder der 27 Projektschulen ist eine Person als Koordinator verantwortlich, das Projekt an der Schule zu verankern.

Weitere Informationen: www.hamburg.de/schulmentoren

Für Rückfragen der Medien:

Peter Albrecht, Pressesprecher
Behörde für Schule und Berufsbildung
Tel. (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsb

7. Mai 2015/bsb07

Neues Gymnasium für Altona

Attraktiver Standort in Altona-Altstadt zur Entlastung bestehender Gymnasien und aufgrund wachsender Schülerzahlen

Schulsenator Ties Rabe hat heute bekannt gegeben, dass Altona ein drittes Gymnasium bekommen wird. Nach einer intensiven Prüfung fiel die Entscheidung zugunsten des Schulstandortes an der Struenseestraße 20 in Altona-Altstadt. Auf dem Schulgelände der früheren Grund-, Haupt- und Realschule Königstraße können Bestandsgebäude für einen schnellen Start des neuen Gymnasiums schon zum Schuljahr 2016/17 genutzt werden. Rund 19 Mio. Euro sollen für Neubauten und Sanierungen investiert werden, um eine hohe Attraktivität der neuen Schule sicherzustellen. In unmittelbarer Nähe liegt die S-Bahn-Station Königstraße, so dass das Gymnasium verkehrstechnisch für Schüler gut zu erreichen ist. Das neue Gymnasium liegt im Einzugsgebiet der Stadtteilen Ottensen, Altona, St. Pauli und Neustadt.

Die letzte Anmelderunde hatte gezeigt, dass die Gymnasien in Altona deutlich überangewählt sind und eine Versorgung in angemessener Entfernung immer schwieriger wird. So hatte das Gymnasium Allee 141 Anmeldungen und richtet 5 Eingangsklassen ein, das Gymnasium 174 Anmeldungen und 6 Klassen. Dauerhaft sollten beide Schulen ursprünglich nur jeweils 4 Klassen pro Jahrgang aufnehmen. Am Gymnasium Altona können bereits 2016 keine weiteren mobilen Klassenzimmer mehr aufgestellt werden. Insgesamt hat Hamburg weiter wachsende Schülerzahlen sowie eine unverändert hohe Anmeldequote an Gymnasien.

Das neue Gymnasium soll vier Parallelklassen pro Jahrgang aufnehmen, aufwachsend ab dem Schuljahr 2016/17, so dass sich Schüler und Eltern bereits in der kommenden Anmelderunde Februar 2016 für diese Schule entscheiden können und so das bestehende Schulangebot in Altona deutlich verbessert wird.

Die mit ihrem dritten Teilstandort an der Struenseestraße bislang beheimatete Stadtteilschule am Hafen konzentriert sich künftig auf die beiden Standorte in der Neustadt (Neustädter Straße 60) und St. Pauli (Friedrichstraße 55). Durch die Zusammenführung auf zwei von bisher drei Standorten bekommt die Stadtteilschule bessere Rahmenbedingungen zur weiteren Entwicklung der Schule. Die ebenfalls auf dem Schulgelände der Struenseestraße beheimatete „Ganztagsgrundschule an der Elbe“ ist von der Neugründung des Gymnasiums in direkter Nachbarschaft nicht betroffen, sondern bleibt bestehen. Nach aktueller Planung sollen zwei Kreuzbauten und die sanierte Einfeldhalle bestehen bleiben, Fachräume, Verwaltung, Gemeinschaftsflächen, ein Schulgebäude für die Sekundarstufe II und eine Sporthalle sollen neu gebaut werden. Insgesamt werden dem Gymnasium

dann für rund 800 Schülerinnen und Schüler rund 5.500 Quadratmeter Unterrichts- und Verwaltungsfläche sowie 1.300 Quadratmeter Sporthallenfläche zur Verfügung stehen.

Bereits im Schulentwicklungsplan 2012 war der Neubau eines zusätzlichen Gymnasiums für die Schulregion 4 (Altona) vorgesehen.

Hamburg hat derzeit 60 staatliche Gymnasien. Zuletzt neu gegründet wurde das Gymnasium Hoheluft zum Schuljahr 2012/13, das jetzt bereits knapp 250 Schülerinnen und Schüler hat und bis zu 7. Klasse aufgewachsen ist. Davor war 1991 das Gymnasium Allermöhe gegründet worden. Als nächste Neugründung eines Gymnasiums steht in das Gymnasium Hafencity am Baakenhafen an, voraussichtlich zum Schuljahr 2018/19.

Auch viele neue Stadtteilschulen sind in Hamburg in den letzten Jahren gegründet worden. Mit den Stadtteilschulen Rissen, Ilse-Löwenstein-Schule (Uhlenhorst), Stadtteilschule Maretstraße (Harburg), Stadtteilschule Auf der Veddel und der Stadtteilschule Meiendorf hat sich die Zahl der Stadtteilschulen auf insgesamt 59 erhöht.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de,

Internet: www.hamburg.de/bsb

06. Mai 2015/bwvi06a

3,7 Mio. Euro vom Bund für Landstromanlage Altona

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit fördert die Errichtung einer alternativen Energieversorgung von Kreuzfahrtschiffen im Hamburger Hafen mit 3,7 Mio. Euro.

Wirtschaftssenator Frank Horch zeigte sich erfreut über die Zusage des Bundes: „Die Förderung des Bundes in dieser Höhe belegt die Bedeutung unseres Pilotprojekts. Die Emissionen von Schiffen während ihrer Liegezeiten in den Häfen müssen zukünftig weiter reduziert werden. Wir fühlen uns in unseren Anstrengungen bestärkt.“

Umweltsenator Jens Kerstan: „Die Anlage in Altona ist ein wichtiger Baustein, um konkrete Verbesserungen für die Hamburger Luftqualität zu erreichen. Mit Landstrom wollen wir eine der Hauptquellen für Luftschadstoffe Rußpartikel, Stickoxide oder Schwefeldioxyde im Hafen minimieren. Und gerade für einen Hafen in Innenstadtnähe gilt, die Schiffsmotoren am Kai nicht länger laufen zu lassen. Aber es gilt auch: dies ist erst der Anfang für eine saubere Energieversorgung am Kai.“

Die Landstromanlage in Altona ist Teil des Gesamtkonzepts zur alternativen Energieversorgung von Kreuzfahrtschiffen im Hamburger Hafen. Vor dem Hintergrund steigender Schiffsanlaufzahlen hatten Senat und Bürgerschaft in der vergangenen Legislaturperiode die Hamburg Port Authority (HPA) mit dem Bau einer Landstromanlage am Kreuzfahrtterminal Altona und der Infrastruktur für die landseitige Stromversorgung von Kreuzfahrtschiffen durch eine LNG Power Barge am Terminal HafenCity beauftragt und hierfür 8,85 Mio. Euro bereitgestellt. Neben der Förderung durch den Bund wird das Pilotprojekt mit 3,5 Mio. Euro auch von der Europäischen Union gefördert. Die Landstromanlage in Altona ist in ihrer Dimensionierung einzigartig in Europa. Für Sommer 2015 ist die Fertigstellung vorgesehen.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Helma Krstanoski

Tel.: 040 42841 – 1326 oder 2239

e-mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de
www.hamburg.de/bwvi

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Jan Dube

Tel.: 040 42840 – 8006

e-mail: jan.dube@bsu.hamburg.de
www.hamburg.de/bsu

07.05.2015/bwvi07

Hamburg ist 63. Mitglied im europäischen Netzwerk der gentechnikfreien Regionen (Charta von Florenz)

Hamburg bekennt sich zur Gentechnikfreiheit in der Landwirtschaft und im Gartenbau.

Heute ist Hamburg als 63. Mitglied im Europäischen Netzwerk der gentechnikfreien Regionen aufgenommen worden. Die Übergabe der Beitrittsurkunde fand im Rahmen der internationalen Konferenz „GMO Free Europe – Future Opportunities and Challenges“ statt, auf der politische Vertreter und zivilgesellschaftliche Akteure den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft diskutieren. <http://www.gmo-free-europe.org/>

Damit kommt der Senat dem Wunsch der Verbraucher nach gentechnikfreien, regional erzeugten Lebensmitteln nach und setzt eine Ankündigung aus dem Agrarpolitischen Konzept 2020 um.

Verbunden mit dem Beitritt wird der Senat konkrete Projekte und Maßnahmen umsetzen, um die Gentechnikfreiheit im Gartenbau und in der Landwirtschaft zu unterstützen. Neben konkreten finanziellen Anreizen für Landwirte im Rahmen des Hamburger Agrarförderprogramms, wie bspw. die Erhöhung der Fördersätze für den ökologischen Landbau, sind auch Informationsangebote für Verbraucher sowie die Förderung von Kooperationen und lokalen Initiativen geplant.

Europäisches Netzwerk der gentechnikfreien Regionen Charta von Florenz

Am 4. Februar 2003 schlossen sich 21 Regionen im Europäischen Netzwerk der gentechnikfreien Regionen zusammen. Die zentralen Forderungen des Zusammenschlusses wurden im Jahr 2005 in der so genannten Charta von Florenz konkretisiert.

Die wichtigsten Ziele der Charta sind:

- der Einsatz für nationale bzw. regionale Befugnisse, unabhängig von dem Zulassungsverfahren auf europäischer Ebene, Anbauverbote von gentechnisch veränderten Pflanzen zu erlassen,
- die Einflussnahme auf die europäischen Institutionen zur Überarbeitung des derzeit gültigen Genehmigungsverfahrens zur Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen,
- die Einführung des Verursacherprinzips bei Verunreinigungen von Ernte und Saatgut,
- die Sicherstellung und Förderungen von gentechnikfreiem Saatgut,
- die Unterstützung von internationalen Vereinbarungen zur Zertifizierung von gentechnikfreien Rohmaterialien,
- der Erhalt der Artenvielfalt der Regionen und
- der Schutz dieser Artenvielfalt vor Patentierung

Mittlerweile sind 64 europäische Gebietskörperschaften dieser Interessensgemeinschaft beigetreten. Die Mitgliedsregionen stammen aus Belgien, Frankreich, Italien, Österreich, Spanien, Kroatien, Griechenland und Großbritannien. Aus Deutschland sind die Bundesländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Thüringen sowie Baden-Württemberg Mitglieder im Netzwerk. Zusammen mit Hamburg ist Bremen dem Netzwerk beigetreten. Damit sind elf deutsche Bundesländer Mitglied im Netzwerk.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Helma Krstanoski

Tel.: 040 – 42841 – 1326 oder 2239

E-Mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwvi

4. Mai 2015/kb04

Kultursenatorin Kisseler hat Pierre Boulez Bach-Preis überreicht

Philharmoniker Hamburg ehren den Bach-Preis Träger in der kommenden Spielzeit mit Sonderkonzerten

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler hat dem französischen Komponisten, Kompositionslehrer und Dirigenten Pierre Boulez an seinem Wohnsitz in Baden-Baden den mit 10.000 Euro dotierten Bach-Preis 2015 des Hamburger Senates persönlich überreicht.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Pierre Boulez ist im Laufe seines ungeheuer produktiven, wirkmächtigen und das Musikleben unserer Zeit so prägenden Lebens, zu einem richtungsweisenden Komponisten und Dirigenten der Moderne geworden. Pierre Boulez ist gleichermaßen musikalischer Erneuerer, feinsinniger kulturpolitischer Visionär, hochverdienter und -geschätzter Lehrer, Wegbereiter des musikalischen Nachwuchses, faszinierender Autor, Kunstdenker und -schöpfer und vieles mehr. Es ist mir eine Ehre, Pierre Boulez den Bach-Preis 2015 im Namen des Hamburger Senats persönlich zu überreichen.“

Als Hommage an Pierre Boulez werden die Philharmoniker Hamburg am 30. April 2016 und am 2. Mai 2016 in der Hauptkirche St. Michaelis seine Komposition „Répons“ aufführen. Das Konzert steht unter der Leitung des designierten Generalmusikdirektors der Staatsoper Hamburg, Kent Nagano, der als Mitglied des Preisrichterkollegiums die Ernennung von Pierre Boulez zum Bach-Preisträger 2015 auf diese Weise besonders würdigt. Im Anschluss an das Konzert am 30. April 2016 lädt der Senat aus Anlass der Preisverleihung zu einem Empfang in die Krypta von St. Michaelis ein.

Weitere Mitglieder des Preisrichterkollegiums für den Bach-Preis 2015 waren neben Kent Nagano, Dr. Christian Kuhnt, Intendant Schleswig-Holstein Musikfestival; Prof. Elmar Lampson, Präsident der Hochschule für Musik und Theater; Christoph Lieben-Seutter, Generalintendant Elbphilharmonie; Prof. Dr. Rebecca Saunders, Komponistin; Andrea Zietzschmann, NDR, Leitung des Bereichs Orchester, Chor & Konzerte; Prof. Tabea Zimmermann, Bratschistin & Artist in Residence des Ensemble Resonanz.

Der Bach-Preis der Freien und Hansestadt Hamburg wird seit 1950 alle vier Jahre, anlässlich des 200. Todestages von Johann Sebastian Bach, vom Senat vergeben. Vorherige Preisträger sind unter anderem Paul Hindemith (1951), Ernst Krenek (1966), György Ligeti (1975), Alfred Schnittke (1992), Sofia Gubaidulina (2007) und zuletzt Tan Dun (2011).

Die Begründung der Preisrichterjury zur Ernennung von Pierre Boulez als Bach-Preisträger finden Sie im Anhang dieser Pressemeldung.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann
Pressestelle der Kulturbehörde
Tel.: 040 / 428 24 – 207
enno.isermann@kb.hamburg.de

Würdigung PIERRE BOULEZ

Der französische Komponist, Dirigent und Lehrer Pierre Boulez erhält den Bach-Preis der Freien und Hansestadt Hamburg 2015. Damit ehrt die Stadt Hamburg einen herausragenden Vertreter der musikalischen Avantgarde, dessen Werke die Musikgeschichte nachhaltig verändert haben, seit über fünfzig Jahren Orientierungspunkt für Komponisten in aller Welt sind und in der klassischen Musik der Gegenwart spürbaren Niederschlag gefunden haben.

Pierre Boulez wurde am 26.3.1925 in Montbrison/Loire, Frankreich geboren. Bereits als Kind entwickelte er ebenso viel Interesse an Musik wie an Mathematik. Ab 1943 studierte er in Paris am Conservatoire National Supérieur bei Olivier Messiaen, Andrée Vaurabourg-Honegger und René Leibowitz. Als Kompositionsschüler verstand er das Komponieren als eine Art ästhetische Forschung, und schon in dieser Zeit entstanden erste Werke der seriellen Musik, jenes Stils, der ihn in den 50er Jahren berühmt machen sollte.

Schon früh erlangte er den Ruf des treibenden Gestalters der Pariser Musik-Avantgarde, indem er das musikalische Erbe seiner Vorgänger zuspitzte: Boulez radikalisierte in seinen Stücken die Idee der mathematischen Beherrschung von musikalischen Material, wie es etwa Anton Webern in der Zwölftonmusik betrieben hatte. Er übertrug die serielle Technik auf weitere musikalische Parameter und schuf so eine Ästhetik bestechender Rationalität und Logik – nicht als Selbstzweck, sondern als Fundament für freien Ausdruck und Klanglichkeit in der Tradition des französischen Impressionismus. Mit dieser Haltung steht Boulez durchaus in der Nähe von Johann Sebastian Bach,

dem Namensgeber des Hamburger Bach-Preises. Über dessen „Musikalisches Opfer“ sagte er einmal: „Man muss nicht alle seine komplizierten kontrapunktischen Tricks verstehen, um es genießen zu können. Man hört das Ergebnis, und das ist es, was zählt.“ Nach diesem Credo ging Boulez selbst vor. Sein Freund und Kollege Daniel Barenboim formulierte es so: „Boulez’ Stücken gelingt es immer, aus dem musikalischen Material das Maximum an Möglichkeiten zu schöpfen. Wenn er die Wahl hat, etwas ganz simpel auszudrücken oder es komplexer zu sagen und damit farbiger, interessanter, dann wird er immer die zweite Möglichkeit bevorzugen.“

Ähnlich wie bei seinem Lehrer Messiaen oder auch bei Igor Strawinsky lösten Boulez’ Kompositionen eine Welle der musikalischen Neuordnung aus, die ihn zu einer wichtigen Vaterfigur der Moderne macht. Dabei war Pierre Boulez immer äußerst selbstkritisch; häufig überarbeitete er seine Werke mehrfach über längere Zeiträume hinweg.

Ab 1952 nahm Pierre Boulez regelmäßig an den Darmstädter Ferienkursen für Neue Musik teil, wo er sich mit gleichgesinnten Komponisten wie Karlheinz Stockhausen und Luigi Nono austauschte. Sein Ruf nach musikalischer Forschung und Erneuerung manifestierte sich 1976 in der Gründung des „Institut de Recherche et Coordination Acoustique-Musique“ (IRCAM) und des Ensemble Intercontemporain. Im Pariser Centre Pompidou beheimatet, bot das elektro-akustische Studio in Kombination mit dem Ensemble, dessen Mitglieder sich ausschließlich der Aufführung zeitgenössischer Musik widmen, Boulez und vielen anderen Komponisten die Möglichkeit, eine neue musikalische Sprache zu finden. Das Ensemble Intercontemporain hat seine zweite Heimat in der 1995 eröffneten Cité de la Musique gefunden, die ebenso auf Boulez massgebliche Initiative zurückgeht wie die im Januar 2015 inaugurierte Philharmonie de Paris.

Neben seiner Tätigkeit als Komponist wirkte Pierre Boulez erfolgreich als Kompositions-lehrer (etwa in Harvard und in Basel) und als Dirigent. Nachdem er zunächst nur Aufführungen eigener Werke geleitet hatte, stand er bald am Pult großer Orchester und Opernproduktionen. 1963 dirigierte er Alban Bergs „Wozzeck“ in Paris; 1966 folgte sein Debüt bei den Bayreuther Festspielen mit dem „Parsifal“ in Wieland Wagners Inszenierung. 1976 leitete er hier Patrice Chéreaus „Jahrhundertring“ – assistiert von Jeffrey Tate, dem heutigen Dirigent der Hamburger Symphoniker. Boulez wirkte als Chefdirigent des BBC Symphony Orchestra (1969-1975) und der New Yorker Philharmoniker (1970-1977) und gastierte regelmäßig bei Weltorchestern wie den Berliner und Wiener Philharmonikern. Eine über fünfzigjährige Zusammenarbeit verbindet ihn mit dem SWR Sinfonieorchester in Baden-Baden, wo er noch heute lebt. Als Leiter der Orchesterakademie beim Lucerne Festival teilt er sein Wissen mit jungen, aufstrebenden Dirigenten und Komponisten.

Pierre Boulez wurde vielfach mit Auszeichnungen geehrt. Unter anderem erhielt er 1979 den Ernst von Siemens Musikpreis, 1983 das Österreichische Ehrenzeichen für Wissenschaft und Kunst, 1992 den Theodor-W.-Adorno-Preis, 1995 den Preis der deutschen Schallplattenkritik, 2002 den Glenn-Gould-Preis, 2008 den Deutsch-Französischen Kulturpreis, 2009 den Kyoto-Preis und 2012 den

Robert-Schumann-Preis für Dichtung und Musik. Zudem ist er Träger des Ordre des Arts et des Lettres.

In Hamburg wurde Pierre Boulez bereits frühzeitig rezipiert. Die NDR-Konzertreihe „das neue werk“ bot ihm ein ständiges, fachkundiges und enthusiastisches Forum und mit dem Rolf-Liebermann-Studio eine Bühne, auf der Boulez' Werke stets präsent waren. Diese Beziehung begann 1957 mit einer Aufführung von Boulez' bahnbrechendem Klavierwerk „Structures“ gemeinsam mit der französischen Pianistin Yvonne Loriod. 1958 erklang in Hamburg die Uraufführung von zwei „Improvisations sur Mallarmé“ für Solosopran und Orchester nach Gedichten von Stéphane Mallarmé, eine Auftragskomposition des NDR. In der Folge machte Boulez sie zum Nukleus seines Zyklus „Pli selon pli. Portrait de Mallarmé“, den er 1961 in Hamburg vorstellte. Bis 1966 war Boulez zudem regelmäßiger Gastdirigent beim NDR Sinfonieorchester. In dieser Zeit hielt er sich viel in Hamburg auf und besuchte unter anderem eine Paul-Klee-Ausstellung in der Kunsthalle. Im Oktober 1966 dirigierte er das 100. Konzert der Reihe „das neue werk“. Doch bald nahmen seine internationalen Dirigierverpflichtungen überhand, so dass er Hamburg nur noch sporadisch besuchen konnte. Der NDR gratulierte ihm zu runden Geburtstagen jedoch noch mehrfach mit opulenten Porträtkonzerten, beispielsweise unter Mitwirkung von Pierre-Laurent Aimard.

In Hamburg stand Pierre Boulez selbst zuletzt 2001 auf der Bühne, als er in zwei Jubiläumskonzerten sein Ensemble Intercontemporain leitete und „frenetischen Beifall“ erntete, so die Hamburger Presse. Und auch wenn Boulez seither gesundheitsbedingt nicht mehr in die Hansestadt gereist ist, so ist er mit seiner Musik doch unmittelbarer Teil der Hamburger Musikgeschichte.

Die Ehrung von Pierre Boulez anlässlich seines 90. Geburtstags setzt ein Zeichen dafür, dass die neue Musik in der Musikstadt Hamburg ihren Raum gefunden hat und sendet somit ein Signal, das deutlich über Hamburg hinaus wahrgenommen wird.

5. Mai 2015/kb05a

80.000 Euro für Kinder- und Jugendkultur

Der Fonds „Kultur bewegt“ von Hermann und Milena Ebel fördert in diesem Jahr 24 Projekte

Eine Fachjury hat aus insgesamt 47 Anträgen 24 herausragende Projekte zur Förderung aus dem Bereich der Kinder- und Jugendkultur ausgesucht. Darunter sind das Theaterprojekt „The Voice of Zeppelin“, der Literatur- und Schreibwettbewerb „Heimat. Digga!“ und das Musik- und Sprachförderungsprojekt „Willkommenskultur statt Ausgrenzung“. Die Projekte finden unter anderem in den Stadtteilen Altona, Barmbek, Steilshoop, St. Georg, Eimsbüttel, Jenfeld, Wilhelmsburg, Veddel, Schanzenviertel, Finkenwerder, Neustadt, Bramfeld, Dulsberg, Harburg Süderelbe und der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber statt.

Seit 2007 stellt die Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel 80.000 Euro für den Fonds „Kultur bewegt“ zur Verfügung, den sie gemeinsam mit der Kulturbehörde ins Leben gerufen hat. Ziel ist die Förderung von kulturellen Projekten mit Kindern und Jugendlichen in Bereichen der Stadt, die von kultureller, interkultureller beziehungsweise inklusiver Projektarbeit bisher nicht ausreichend erreicht wurden.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Ich danke der Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel sehr dafür, dass sie auch in diesem Jahr das großartige Projekt ‚Kultur bewegt‘ möglich macht. Das Stärken und Fördern der Kreativität und Kommunikationsfähigkeit über die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur, ermöglicht den Kindern und Jugendlichen ihre Sinne zu entfalten und Vertrauen in die eigene Gestaltungskraft zu gewinnen. Besonders freut es mich, dass in diesem Jahr noch mehr Projekte mit Flüchtlingskindern gefördert werden. Gerade für diese oft traumatisierten Kinder und Jugendlichen ist eine kulturell-integrative Förderung und Entwicklungsmöglichkeit sehr wichtig.“

Milena Ebel: „Alle Kinder und Jugendliche sollten ein unbeschwertes Leben haben, aber leider entspricht das nicht immer der Realität. Mit ‚Kultur bewegt‘ möchten mein Mann und ich einen Beitrag leisten, dass junge Menschen Leichtigkeit erleben und Versunkenheit im Spiel. Alle von uns geförderten Projekte zeigen den Kindern und Jugendlichen auf, dass es viele sinnvolle Möglichkeiten gibt, die eigene Freizeit zu gestalten. Möglichkeiten, die innere Zufriedenheit verschaffen, aber auch ein gutes Selbstwertgefühl und Verständnis für andere Menschen. Mein Mann und ich sind überzeugte Hamburger und wollen deshalb die in unserer Stadt lebenden Kinder unterstützen.“

Die geförderten Projekte sind aus unterschiedlichen Sparten, wie Kunst, Theater, Tanz und Musik und Film. Kriterien für die Förderung sind vor allem die Erkennbarkeit eines lokalen Bezugs sowie der Ansatz, dass ein Projekt auch einen Mehrwert für die Zukunft hat.

Eine Beschreibung der 24 Projekte finden Sie im Anhang. Mitglieder der Fachjury waren Milena Ebel (Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel), Werner Frömming (Kulturbehörde), Dr. Klaus Langebeck (Behörde für Schule und Berufsbildung a. D.) und Lutz Wendler (Kulturjournalist).

Weitere Informationen unter www.kultur-bewegt.de.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann
Pressestelle der Kulturbehörde
Tel.: 040 / 428 24 – 207
enno.isermann@kb.hamburg.de

Julia Eble
Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel – Hansa Treuhand
Tel.: 040 / 309 59 – 153
jeble@hansatreuhand.de

"Kultur bewegt" 2015: 80.000 Euro für 24 Kinder- und Jugendkulturprojekte

Mit dem Fonds „Kultur bewegt“, eine Kooperation der Kulturbehörde Hamburg mit der Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel, stehen in diesem Jahr insgesamt 80.000 Euro für Kinder- und Jugendprojekte in Stadtteilen mit Entwicklungsbedarf zur Verfügung. Aus 47 Projekten wählte die Jury folgende 24 Kinder- und Jugendkulturprojekte aus:

(1) **"Kulturflut Hamburg 2015"** / Stacksignale e.V.: Das alters- und spartenübergreifende Kulturfestival in Hamburg Finkenwerder findet vom 02. bis 04.10.2015 statt. Eingebunden in das Festival sind sowohl Kitas als auch Schulen und auch die Kinderkulturkarawane wird eingeladen. Das Kulturprogramm bietet u.a. Lesungen, Comedy, Ausstellungen, Musik und Theater an. Für die nächsten Jahre sind weitere "Kulturfluten" geplant. www.kulturflut.info
Betrag: 2.000Euro

(2) **„Voice of Zeppelin“** / Theater Zeppelin e.V.: Kinder im Alter zwischen 11 und 12 Jahren setzen sich bei der Erarbeitung des Theaterstücks mit den zurzeit aktuellen Casting- und Talentshows auseinander, mit ihren Versprechungen, den Sehnsüchten, die geweckt werden und deren Realität. Am Ende wird das Theaterstück im Theaterschiff HoheLuftschiff aufgeführt. www.theaterzeppelin.de
Betrag: 2.000 Euro

(3) **Fantastische Teens** / die Erzähl- und Schreibwerkstatt: Der Sommerferienworkshop in Wilhelmsburg richtet sich an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 12 und 20 Jahren. Mit Hilfe von professionell ausgebildeten Creative Writing Autoren werden die Teilnehmer an das Schreiben herangeführt. Zum Thema "Blindes Vertrauen" entstehen während des Workshops einzelne Geschichten und werden auf der Website www.fantastischeteens.de veröffentlicht.
Betrag: 4.000 Euro

(4) **"Buch trifft Hip-Hop, ein Hip Hop Schreibprojekt"** / Kleine Leseratten e.V.: Die Schüler/innen zwischen 10 und 13 Jahren der Stadtteilschule am Hafen werden zusammen mit dem Hip Hop-Künstler Kai Nawab nicht nur Hip Hop-Musik hören, sondern eigene Hip Hop-Texte verfassen und diese Vorlesen. Dieses Schreibthema entstand auf Wunsch der Schüler/innen der Stadtteilschule. www.kleineleseratten.de
Betrag: 1.200 Euro

(5) **"Die Insel - Der Film"** / Get the Kick e.V.: Jugendliche zwischen 13 und 15 Jahren werden unter Anleitung von Medienpädagogen in Zusammenarbeit mit den älteren Bewohnern der Veddel einen Dokumentarfilm produzieren, um sich mit dem sozialen Wandel auf der Veddel auseinanderzusetzen. Am Ende entsteht ein Film über die teilnehmenden Jugendlichen selbst, über die Bewohner und ihren gemeinsamen Stadtteil. www.getthekick.de
Betrag: 3.000 Euro

(6) **"Heimat. Digga!"** / Bramfelder Kulturladen e.V.: Dieser Literatur-Schreibwettbewerb richtet sich an Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 18 Jahren. In diesem offenen Schreibwettbewerb sollen die Kinder und Jugendlichen dazu animiert werden, sich literarisch mit ihren Lebenswelten auseinanderzusetzen. Nach der Preisverleihung werden die besten Texte in einem Sammelband veröffentlicht. www.brakula.de
Betrag: 4.000 Euro

(7) **"Auf Spurensuche - irgendwie anders"** / Freie Kulturinitiative Jenfeld: Kinder zwischen 7 und 11 Jahren entwickeln in diesem Theaterprojekt Kindermasken und Maskenspiel an öffentlichen Orten mit dem Ziel, die eigene Wahrnehmung zu stärken und das persönliche Umfeld im Stadtteil zu erforschen. Am Ende entstehen mehrere Aktionen im öffentlichen Raum (walking-acts) und Präsentationen. www.quadriga-hamburg.de
Betrag: 5.000 Euro

(8) **"Dulsberger HerbstLESE 2015"** / Stadtteilbüro Dulsberg – Mok wat e.V.: Die Dulsberger HerbstLESE ist ein literarisches und interkulturelles Stadtteiffestival für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, bei dem zahlreiche Akteure an verschiedenen Orten in Dulsberg unter der Federführung des Stadtteilbüros Veranstaltungen und Beteiligungsprojekte anbieten. Zentrale Ziele sind die Begegnung und das Zusammenwirken von Menschen verschiedener Kulturen sowie die Leseförderung aller Altersgruppen. www.mookwat.de
Betrag: 5.000 Euro

(9) **"Kreativwerkstatt Siebdruck" für Mädchen** / Mädchenarbeitskreis Harburg Süderelbe: Mädchen und junge Frauen zwischen 12 und 19 Jahren sollen mit der Kreativwerkstatt befähigt werden, selbst kreativ zu werden und Kleidungsstücke mit selbstentwickelten Motiven bedrucken. www.dolledaerens.de
Betrag: 1.000 Euro

(10) **Filmworkshop** / KurzFilmAgentur Hamburg/Lüttville e.V.: Jugendliche Teilnehmer der Sommerfreizeit „Lüttville“ werden unter Anleitung von Filmkünstlern der KurzFilmSchulein der praktischen Filmarbeit begleitet. Von der Themenfindung über den Dreh bis hin zum Schnitt werden die Teilnehmer in jeden Schritt der Filmproduktion eingeweiht. Auf einer Abschlusspräsentation wird das Projekt einem Publikum vorgestellt und später auf dem „MS Dockville“ sowie auf unterschiedlichen Stadtteiffesten und im Rahmen des Internationalen KurzFilmFestivals 2016 gezeigt. www.shortfilm.com
Betrag: 1.800 Euro

(11) **"Willkommenskultur statt Ausgrenzung"** / Hamburger Konservatorium: Mit diesem Musik- und Sprachförderungsprojekt werden Kinder zwischen 12 und 16 Jahren der zentralen Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber (ZEA) aus Afghanistan, Syrien, Serbien und Kroatien und entsprechend der Herkunft der ankommenden Flüchtlingsfamilien angesprochen. Durch die Zusammenarbeit mit dem Hamburger Konservatorium können diese Kinder ihre musikalischen Fähigkeiten entwickeln und einbringen. Das Ziel ist die Gründung von eigenen Bands, die auch CD's produzieren und sich über das gemeinsame Musizieren sensibel und genau mit der deutschen Sprache auseinandersetzen, unabhängig von der individuellen Herkunft. www.hamburger-konservatorium.de
Betrag: 5.000 Euro

(12) **"Konfetti PLUS"** / Stiftung Bürgerhaus Wilhelmsburg: "Konfetti Plus" ist ein musikalisches, intergeneratives Theaterprojekt mit Schüler/innen einer Wilhelmsburger Schulklassse und demenzkranken Menschen eines Seniorenzentrums. Die kulturelle Vielfalt der beteiligten Kinder bietet dabei die Chance, sich mit dem Umgang mit Alter und Demenz in unterschiedlichen Kulturen auseinanderzusetzen und die Themen Alter und Demenz in ungewohnter Form in Schule und Öffentlichkeit zu tragen. Am Ende wird es Präsentationen an unterschiedlichen Orten in Wilhelmsburg geben. www.buewi.de

Betrag: 3.000 Euro

(13) **"Meine Welt - Demonstration der Kinder"** / Künstlergruppe Annika Becker und Flora Janewa: Kinder und Jugendliche aus der Flüchtlingsunterkunft in der August-Kirch-Straße zwischen 8 und 18 Jahren entwerfen mit Mitteln der bildenden und darstellerischen Künste ihre Welten - Utopien, in denen sie Erfahrungen, Wünsche und Hoffnungen formulieren und einer Öffentlichkeit präsentieren können. Zudem soll das Projekt den Austausch zwischen den Anwohnern und den neuen Bewohnern der Flüchtlingsunterkunft fördern. Kontakt: flora.janewa@yahoo.de

Betrag: 3.000 Euro

(14) **"Zeig was in dir tanzt 3.0! - Community Dance mir jungen MigrantInnen"** / Verein zur Förderung der Jugendarbeit e.V. - Falkenflitzer: Rund 60 Kinder und Jugendliche aus vier unterschiedlichen Hamburger Flüchtlingsunterkünften und deren Nachbarschaft setzen sich intensiv mit ihrer eigenen Lebenssituation auseinander und können sie tänzerisch/künstlerisch reflektiert darstellen. Zum Abschluss des Projekts wird ein gemeinsames Stück einer breiten Öffentlichkeit präsentiert. www.falkenflitzer.de

Betrag: 4.000 Euro

(15) **"Die Welt zu Gast in Steilshoop"** / Das Haus e.V.: M.U.K.A. - ein Projekt aus Johannesburg, wird auf dem Internationalen Stadtteilstfest in Steilshoop erwartet. In Zusammenarbeit mit der Haus der Jugend, der Kinderkulturkarawane und der Schule am See werden sich die Kinder und Jugendlichen zum Thema "Klimawandel" vorbereiten und sich zusätzlich mit der Geschichte Südafrikas auseinandersetzen. Auch die südafrikanische Gruppe thematisiert die Klimagerechtigkeit und die Verantwortung des Einzelnen in ihrem Theaterstück "Inheritance - Das Erbe". Daneben wird es tägliche Theater- und Tanzworkshops für die Schüler/Innen und einen intensiven Austausch mit den Gästen aus Südafrika geben. Beim Abschlussfest wird das gemeinsame Ergebnis präsentiert. www.hdj-steilshoop.de

Betrag: 4.000 Euro

(16) **Louise Schroeder Schule und die Schlumper**/ Die Schlumper; Freunde der Schlumper: Die Schlumper bieten Schülerinnen und Schülern der Louise Schroeder Schule in einem Atelier direkt neben der Schule einen Freiraum für gestalterische Tätigkeiten. Kinder aus einem multiethnischen Spektrum erleben Menschen mit Handicap in einer Art Vorbildfunktion und erfahren den Aspekt Behinderung als Bestandteil von Normalität. www.schlumper.de

Betrag: 2.000 Euro

(17) **"Lass die Puppen tanzen! Handpuppenbau, Spiel und Aufführung"** / Kulturhaus Dehnheide e.V./Kulturpunkt im Barmbek Basch: In Kooperation mit dem Hamburger Puppentheater bauen Grundschulkinder in einem laufenden Workshop eigene Handpuppen und üben im Anschluss verschiedene kleine Spieleinheiten damit ein. Am Ende des Projekts führen die Kinder das eingeübte

Stück im Barmbek Basch vor Publikum auf. www.barmbek-basch.info

Betrag: 3.000 Euro

(18) **Lüttville** - Das künstlerische Sommercamp / Lüttville e.V.: Lüttville ist das künstlerische Sommercamp für Kinder im Vorfeld des jährlichen Kunst- und Musikfestivals Dockville in Wilhelmsburg. Das Sommercamp vom 3. bis 8. August 2015 ist eine kostenlose Ferienfreizeit für ungefähr 150 Kinder (4-14 Jahren). In verschiedenen Workshops werden eigene Performances erarbeitet, die bei Dockville vor rund 22.000 Besuchern präsentiert werden. www.luettville.de

Betrag: 3.000 Euro

(19) **LichtwerkSchule - Wertevermittlung durch ästhetische Bildung/ Standort Jenfeld:** Kinder zwischen 7 und 10 Jahren werden in ihrer kulturellen Integration und ästhetischen Bildung im Stadtteil gefördert. Dadurch können die Kinder ihre kreativen Potenziale und Talente entdecken. Die LichtwerkSchule führt die Kinder und ihre Eltern an die Kulturinstitutionen heran und ermöglicht eine andere Form der kulturellen Teilhabe. Das gemeinsame Erleben anderer Kultur- und Wertsysteme lässt neue Berührungspunkte und Wahrnehmungen zwischen den Familienmitgliedern, Lehrern, Klassenkameraden, Orten der Hochkultur und Breitenkultur entstehen. www.lichtwerkschule.jimdo.com

Betrag: 3.000 Euro

(20) **"Mut"** / Ernst Deutsch Theater: In der Spielzeit 2015/2016 initiiert das Ernst Deutsch Theater das Jugendgroßprojekt "Mut" im Rahmen des Plattform Festivals. Dem Jugendgroßprojekt wird eine literarische Vorlage zugrunde liegen. Vier Jugendgruppen arbeiten zunächst an eigenen Projekten. Am Ende werden die einzelnen Projekte von dem Regisseur Martin Kreidt zu einer Gesamtinszenierung zusammengeführt und im Rahmen des Plattform Festivals aufgeführt. www.ernst-deutsch-theater.de / www.plattform-festival.de

Betrag: 5.000 Euro

(21) **"Planet Willi"** / Birte Müller und Hamburger Kinderbuchhaus: "Planet Willi" bietet Workshops und Lesungen für Kinder zum Thema Behinderung an. Die Veranstaltungen bestehen aus einem Lesungsteil, einem intensiven Gespräch und einem praktischen Teil, in dem die Kinder selber malen und aus dem Betrachten der ausgestellten Originale, wenn die Werkstätten im Kinderbuchhaus stattfinden. Bei den Lesungen zum Bilderbuch Planet Willi werden die Bilder als Großprojektion an der Wand gezeigt und zu jeder Seite gibt es eine musikalische Klagcollage, um auch die Sinne der Kinder anzusprechen, deren Stärken im Visuellen, Musischen und Emotionalen liegen. Die teilnehmenden Kinder lernen auch ein wenig Gebärdensprache und können am Ende eines Workshops ihren eigenen Wunschplaneten malen. www.kinderbuchhaus.de

Betrag: 5.000 Euro

(22) **"YoungStar Fest 2015"** / Kunstwerk e.V.: Das Programm des Festivals für partizipative Kunstprojekte richtet sich an Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 10 und 22 Jahren. Das Festival ist ein Format der Künste mit Jugendlichen für Jugendliche und führt sie in kulturelle Prozesse ein, die aufgrund ihres sozialen oder kulturellen Umfelds bisher nicht mit ästhetischer Bildung in Berührung gekommen sind. Das Festivalprogramm umfasst sowohl Eigenproduktionen und Workshop-Präsentationen von und mit Hamburger Jugendlichen, als auch hochrangige Arbeiten von internationalen Künstlern mit jungen Darstellern aus den Bereichen Theater, Tanz, Musik und Performance. Damit wird die Kunst als Ausdrucksform selbst gemacht, zur Diskussion gestellt und reflektiert. www.kunstwerk-hamburg.de

Betrag: 3.000 Euro

(23) **Mandolinenorchester** / Kulturladen St. Georg: Kinder erlernen das Mandolinenspiel und erarbeiten sich im Mandolinenorchester des Kulturladens St. Georgs ein internationales Repertoire. Das von Ali Shibly initiierte und geleitete Orchester besteht aktuell aus 30 Kindern und Jugendlichen (5-16 Jahre), viele von ihnen mit Migrationshintergrund. www.kulturladen.com

Betrag: 5.000 Euro

(24) **"Phantom der Opfer oder: Not another Broadway Production"** / Ghettoakademie / InnerRise: Das performative Musical mit Jugendlichen zwischen 15 und 21 Jahren bietet Workshops zum Thema des Phantoms an. Hier sollen die Jugendlichen performative und diskursiv ergründen, welches Selbstbild die Teilnehmenden von sich in Deutschland haben. Empfinden sie sich als versteckt in den Katakomben? Welche Anteile von sich empfinden sie als hässlich, sodass sie eine Maske tragen, wenn sie sich in den öffentlichen Raum bewegen... Diese Workshops werden die Kontinuität der Arbeit der Gruppe gewährleisten und praktisch und theoretisch den Raum erkunden. Die Ergebnisse der Workshops werden in einem offenen Werkstatt-Showing öffentlich präsentiert. www.ghettoakademie.de

Betrag: 3.000 Euro

6. Mai 2015/kb06

Kultur als grundlegender Baustein für Olympische Spiele in Hamburg

Hochkarätiges Gremium berät Hamburg bei den Planungen zu einem olympischen Kulturprogramm für Spiele in Hamburg

Kultur soll bei Olympischen und Paralympischen Spielen 2024 in Hamburg eine Schlüsselrolle spielen. Die Olympischen Spiele in London haben 2012 gezeigt, dass bei einem solchen sportlichen Großereignis neben der Begeisterung für die sportlichen Wettkämpfe insbesondere auch das kulturelle Begleitprogramm langfristig das Bild und das Selbstverständnis der austragenden Stadt prägen. Auf Einladung von Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler nimmt daher heute eine hochkarätige Arbeitsgruppe ihre Arbeit auf, die den Senat bei der Erstellung eines Kulturprogramms für Olympische Spiele in Hamburg beraten wird.

Sportsenator Michael Neumann begrüßt die Teilnehmer des ersten Treffens in der Hamburger Kunsthalle. Jude Kelly, Vorsitzende des Bewerbungsteams für Kultur und Zeremonien der Olympischen Spiele 2012 in London, berichtet von ihren Erfahrungen in London. Prof. Friedrich von Borries, Professor für Designtheorie an der Hochschule für bildende Künste in Hamburg, hält einen Impulsvortrag über die Ansprüche an eine transparente und nachhaltige Kulturolympiade. Im Vorfeld des ersten Workshops haben die Kultursenatorin, Alexander Otto, Jude Kelly, Dr. Stefan Brandt, Joachim Lux und Amelie Deuffhard gegenüber der Presse ihre Ziele für die Mitarbeit an dem Beratergremium deutlich gemacht.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Die Stimmung für Olympische und Paralympische Spiele in Hamburg ist ausgezeichnet. Die Aussicht auf Olympische Spiele eröffnet die einzigartige Chance, kulturelle Ideen und Projekte zu entwickeln, die das Bild Hamburgs national und international nachhaltig prägen werden.“

Alexander Otto, Erster Olympia-Botschafter Hamburgs: „London hat gezeigt, dass die Kultur von den Spielen profitieren kann und nicht in Konkurrenz zum Sport steht. Von daher freue ich mich, dass sich die Kulturszene mit dieser Workshopreihe frühzeitig Gedanken macht, wie sich Hamburg mit Olympia auch als Kulturstadt weiter positionieren kann. Schließlich ist Hamburg mit seinen öffentlichen wie privaten Theatern, Museen, Galerien, Musicals, der Oper und bunten Clubszene eine vielfältige und lebendige Kulturlandschaft.“

Jude Kelly, Vorsitzende des Bewerbungsteams für Kultur und Zeremonien der Olympischen Spiele 2012 in London: „Hamburg hat sich einem großartigen Projekt verschrieben: ‚Der Hochzeit von Sport

und Kunst', wie Pierre de Coubertin, der Gründer der olympischen Bewegung, es nannte. Das ist wegweisend sowohl für die Stadt als auch für das ganze Land.“

Dr. Stefan Brandt, Geschäftsführer der Hamburger Kunsthalle: „Olympia 2024 ist eine Jahrhundertchance für die Kulturstadt Hamburg, die zu einer nachhaltigen Stärkung der kulturellen Infrastruktur der Stadt insgesamt führen kann. Zugleich hat London 2012 gezeigt, wie wichtig Kultur inzwischen für die Ausrichtung Olympischer Spiele geworden ist. Die Kultur sollte sowohl im baulichen Programm als auch in den Nachnutzungskonzepten der Olympiastätten fest verankert werden. Wir möchten uns als Kultureinrichtungen spartenübergreifend und über Hamburg hinaus vernetzen, um ein Kulturprogramm auf internationalem Niveau auf die Beine zu stellen. Dieses ambitionierte Ziel können und werden wir nur gemeinsam erreichen. Auch deshalb begrüße ich die Initiative der Kultursenatorin sehr und freue mich auf den Weg, der vor uns liegt.“

Amelie Deuflhard, Kampnagel-Intendantin: „Olympische Spiele sind ein Riesenerignis für eine Stadt und es gibt durchaus nicht nur Befürworter. Mit meinem Engagement für die Bewerbung Hamburgs möchte ich darauf hinwirken, dass wir hier Spiele planen, die einen nachhaltigen und positiven Effekt auf Hamburg haben, insbesondere auf die Kulturszene in all ihrer Vielfalt. Wir müssen für Hamburg einen Bottom-up Prozess initiieren, an dem unterschiedliche Player der Stadt beteiligt sind.“

Joachim Lux, Intendant des Thalia Theaters: „Griechenland steht am Anfang unserer Zivilisation für den Ursprung des Theaters. Und für den Ursprung des Sports. Geist und Körper – beides gehört zusammen. Das wusste man nirgends besser als im alten Griechenland. Und beides macht unsere Kultur bis heute aus. Wenn Hamburg seine Lebenskultur mit diesen Idealen im Rücken weiterentwickeln kann, ist das wunderbar für Hamburg, für die olympische Idee und auch für das Theater. Olympia passt hervorragend zur grünen Stadt Hamburg. Wenn ich von Olympia in Hamburg träume, sollten wir im Olympiastadion Theater spielen und im Theater olympische Wettbewerbe abhalten, und die Stadt richtig in Schwingung bringen. Olympia ohne Kultur und Theater geht nicht!“

Neben Kultursenatorin **Prof. Barbara Kisseler**, **Jude Kelly** und **Prof. Friedrich von Borries** nehmen folgende Personen an dem ersten Treffen teil: **Dr. Stefan Brandt** (Geschäftsführer der Hamburger Kunsthalle), **Georges Delnon** (designierter Intendant Hamburgische Staatsoper), **Amelie Deuflhard** (Intendantin Kampnagel), **Prof. Dr. Hubertus Gaßner** (Direktor Hamburger Kunsthalle), **Christian Langer** (synchronis Hamburg), **Christoph Lieben-Seutter** (Generalintendant der Elbphilharmonie), **Joachim Lux** (Intendant des Thalia Theaters), **Barbara Mirow** (Programmchefin NDR Kultur), **Alexander Otto** (Unternehmer und Mäzen), **Peter F. Raddatz** (Kaufmännischer Direktor Deutsches Schauspielhaus Hamburg), **Prof. Manuela Rousseau** (Dozentin Institut für Kultur- und Medienmanagement, Hochschule für Musik und Theater), **Jutta Schubert** (Geschäftsführerin EUCREA Verband Kunst und Behinderung e.V.), **Matthias von Hartz** (Künstlerische Leitung Foreign Affairs, Berliner Festspiele) und **Börries von Notz** (Alleinvorstand Stiftung Historische Museen Hamburg). Für die weiteren Treffen haben zudem ihre Mitarbeit in dem Beratergremium zugesagt: **Karin Beier** (Intendantin Deutsches Schauspielhaus Hamburg), **Carolyn Christov-Bakargiev** (Kuratorin der Documenta 13), **Dr. Dirk Luckow** (Intendant der Deichtorhallen), **Ruth Mackenzie** (Former Cultural Olympiad Director, Artistic Director Designate Holland Festival) und **Hortensia Völckers** (Künstlerische Direktorin der Kulturstiftung des Bundes).

Das Beratergremium wird nun für den laufenden Bewerbungsprozess Ideen für ein Kulturprogramm entwickeln, das schon 2020 nach Abschluss der Olympischen und Paralympischen Spiele in Tokio beginnen kann und dann in ein Festprogramm im Sommer 2024 in Hamburg gipfeln wird. Das Ergebnis der Arbeitsgruppe soll dann zunächst in das „Mini Bid Book“ und im weiteren in das „Bid Book“ fließen, mit dem sich Hamburg beim IOC als Austragungsort für die Spiele in 2024 bewirbt.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann
Pressestelle der Kulturbehörde
Tel.: 040 / 428 24 – 207
enno.isermann@kb.hamburg.de

6. Mai 2015/kb06a



It Might Be Possible that the World Itself Is Without Meaning*

Künstlerisches Sommerprogramm der Stadtkuratorin an verschiedenen Orten in Hamburg; Eröffnung: 30. und 31. Mai 2015

Mit Symposien, Vorträgen, Künstlergesprächen, der Ausstellung Passagen (noch bis 25. Mai im Kunsthaus Hamburg) und dem Beginn von längerfristigen künstlerischen Projekten wie der Silent University Hamburg (initiiert von Ahmet Ögüt, seit September 2014) oder Drawing Europe (von Dan Perjovschi, seit November 2014) hat sich das Initiativprojekt Stadtkuratorin Hamburg unter der Leitung von Sophie Goltz seit 2013 in Hamburg etabliert. Mit einem breiten Publikum werden Fragen nach der Aktualität einer urbanen Kunst sowie der Entwicklung von Stadt und Gesellschaft heute diskutiert. Das Sommerprogramm mit dem Titel **It Might Be Possible that the World Itself Is Without Meaning*** stellt die Frage nach einer zeitgenössischen Weltgemeinschaft mit neuen Arbeiten internationaler Künstler, die an verschiedenen Orten im Stadtraum zu sehen sind.

An markanten Orten in Hamburg finden im Juni – Juli 2015 Performances, Aktionen und Interventionen statt, die aktuelle und historische globale Verstrickungen konkret befragen und hinsichtlich alternativer Formen von Denken und Handeln untersuchen: als politisch-ästhetische Frage, als kulturelle Wissensform, als Fiktion. Jenseits der modernen Logik von Ökonomie und Staat wird ein dekoloniales „Grenzdenken“ erprobt, in dem die Erfahrungen von Migration und Transkulturalität zum Leitfaden werden für die Frage: Wo und wie kann die Kunst des Öffentlichen heute gesellschaftlich wirksam werden? Die Vorstellung der einen Welt (als totales Ganzes) wird radikal unterlaufen zugunsten vieler Welten innerhalb einer planetaren Wirklichkeit.

Presserundgang am Montag, 1. Juni 2015, 11–13 Uhr.

Treffpunkt: Chilehaus (Innenhof). Die Künstler sind anwesend.

Um Anmeldung wird bis zum 25. Mai 2015 gebeten unter

E-Mail: presse@stadtkuratorin-hamburg.de oder Telefon: 040 36 16 30 45.

Mit neuen Arbeiten von: Georges Adéagbo (geb. 1942 in Cotonou /Benin, lebt und arbeitet in Hamburg und Cotonou), Ricardo Basbaum (geb. 1961 in São Paulo / Brasilien, arbeitet als Künstler, Kurator, Schriftsteller in Rio de Janeiro), Cevdet Erek (geb. 1974 in Istanbul / Türkei, lebt und arbeitet als Künstler und Musiker in Istanbul), Etcétera (Künstlerkollektiv, Buenos Aires / Argentinien, 1997 gegründet von Künstlern, Autoren, Schauspielen), Omer Krieger (geb. 1970 in Tel Aviv / Israel, arbeitet als Künstler und Kurator in Tel Aviv und Jerusalem), Michaela Melián (geb. 1956 in München, lebt und arbeitet als Musikerin und Künstlerin in Hamburg und München), Ingo Niermann (geb. 1969

in Bielefeld, lebt als Autor und Künstler in Zürich / Schweiz), Johannes Paul Raether (geb. 1977 in Heidelberg, lebt und arbeitet als Performancekünstler und Theoretiker in Hamburg und Berlin), Juan Pablo Renzi (1940 – 1992, lebte und arbeitete als Künstler in Buenos Aires / Argentinien), Martha Rosler (geb. 1943 in Brooklyn / USA, lebt und arbeitet in New York City), Miguel Robles-Durán (geb. 1972 in Mexiko-Stadt / Mexiko, arbeitet als Architekt und Urbanismusforscher in New York / USA), Horacio Zabala (geb. 1943 in Buenos Aires / Argentinien geboren, lebt und arbeitet dort als Künstler, Kurator und Theoretiker) u. a.

Das vollständige Eröffnungsprogramm und weitere Informationen unter www.stadtkuratorin-hamburg.de

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann
Pressestelle der Kulturbehörde
Tel.: 040 / 428 24 – 207
enno.isermann@kb.hamburg.de

Lisa Britzger
Kommunikation Stadtkuratorin Hamburg
Tel.: 0179 5548663
presse@stadtkuratorin-hamburg.de

7. Mai 2015/kb07

Erster Hamburger Theaterempfang in Berlin

Hamburger Theater stellen sich anlässlich des Berliner Theatertreffens in der Landesvertretung vor

Die Vertretung der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, die Kulturbehörde Hamburg und der Verein Hamburger Theater e.V. luden am 7. Mai zum ersten Hamburger Theaterempfang in die Landesvertretung ein. Zahlreiche Gäste aus Kultur, Politik und Medien folgten der Einladung und machten den Empfang zu einem informativen Netzwerktreffen der Theaterszene. Nach Grußworten von Hamburgs Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler und Wolfgang Schmidt (Bevollmächtigter Hamburgs beim Bund), stellte sich der Verein Hamburger Theater e.V., ein Zusammenschluss der Bühnen der Hansestadt, unter dem Motto „Alles selbst gemacht – zur Solidargemeinschaft der Hamburger Theater“ vor.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Anlässlich des Berliner Theatertreffens, zu dem Hamburg mit dem Thalia Theater und dem Deutschen Schauspielhaus eingeladen ist, präsentieren die Hamburger Theater ihre erfolgreiche Zusammenarbeit. Der Hamburger Theater e.V. ist mit seinem Zusammenschluss Vorreiter gegenüber vielen anderen Kultursparten. Dies ist nicht nur ein großer Gewinn für Theaterbesucher und die Stadt, sondern auch für die Hamburger Theater selbst.“

Norbert Aust, 1. Vorsitzender des Hamburger Theater e.V. und Geschäftsführender Gesellschafter der Schmidt Tivoli GmbH: „Wir haben uns außerordentlich gefreut, unsere Arbeit beim 1. Hamburger Theaterempfang vorstellen zu dürfen. Die Ziele unseres Vereins – die Förderung und die Weiterentwicklung des Hamburger Theaterlebens – konnten sich bereits in vielen erfolgreichen Produktionen festigen. Im Rahmen moderner Digital-Projekte werden wir unsere Arbeit nun fortsetzen. Wie einzigartig die hinter der Vereinsarbeit stehende Hamburger Solidargemeinschaft ist, haben wir heute zeigen können. Als weiteres Projekt soll sich nun auch der Hamburger Theaterempfang künftig zu einem festen Branchennetzwerk-Treffen etablieren.“

Zeitgleich zum Berliner Theatertreffen zeigen sich die Hamburger Theater erstmalig gemeinsam als starker, offener Verbund mit seinen vielfältigen Projekten, präsentieren Hamburgs bundesweit einzigartige Solidargemeinschaft und initiieren eine bundesweite Branchen-Vernetzung. Der Hamburger Theaterempfang soll sich als jährlich stattfindende Veranstaltung für Meinungsaustausch und Kontaktpflege etablieren und Plattform für die Theaterbranche in Deutschland werden.

Gegründet im Jahr 2004, hat es sich der Hamburger Theater e.V. mit seinen rund 40 staatlichen wie privaten Mitgliedsbühnen zum Ziel gemacht, die Hamburger Theaterlandschaft nachhaltig zu fördern.

Erfolgreiche Formate wie die Hamburger Theaternacht sowie die Verleihung des Rolf Mares gewidmeten Hamburger Theaterpreises (Rolf Mares Preis) entstehen seitdem aus Initiative und Mitteln des Vereins ohne öffentliche Förderungen oder Vorgaben. Aktuell engagiert sich der Hamburger Theater e.V. in der Entwicklung digitaler Angebote für gemeinschaftlichen Ticketvertrieb, Kommunikation und Marketing aller Hamburger Theater.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann
Pressestelle der Kulturbehörde
Tel.: 040 / 428 24 – 207
enno.isermann@kb.hamburg.de

Anne Hochstein
Inferno Events
Tel.: 040 / 431 7959 – 0
hochstein@infernoevents.com

Landesvertretung Hamburg, 7.5.2015/lv07

An der 933. Sitzung des Bundesrates am 8. Mai 2015 nehmen der Erste Bürgermeister Olaf Scholz, Senator Jens Kerstan und Staatsrat Wolfgang Schmidt teil.

Die Tagesordnung umfasst 70 Punkte.

Pkw-Maut: Bundesrat berät über Anrufung des Vermittlungsausschusses

Der Länderkammer liegt am Freitag zur abschließenden Beratung das Gesetz der Bundesregierung zur Einführung einer Pkw-Maut für Autobahnen und Bundesfernstraßen vor. Die neue Abgabe soll für in- und ausländische Pkw gelten, wobei Halterinnen und Halter nicht in Deutschland zugelassener Wagen zunächst nur auf Autobahnen abgabepflichtig sein sollen. Damit inländischen Fahrzeughalterinnen und -halter keine zusätzlichen Belastungen entstehen, ist zudem eine finanzielle Entlastung im Kraftfahrzeugsteuergesetz vorgesehen, dessen entsprechende Änderung der Länderkammer ebenfalls zur abschließenden Beratung vorliegt. Der Bundesrat hatte im ersten Durchgang grundsätzliche Bedenken hinsichtlich der Einführung einer Pkw-Maut geäußert. Diese bezogen sich angesichts der Entlastung nur inländischer Fahrzeughalterinnen und -halter insbesondere auf die Vereinbarkeit des Gesetzes mit europäischem Recht. Aber auch die Relation von Erfüllungsaufwand und den zu erwartenden Einnahmen wurde seitens der Länderkammer kritisiert. Von der Bundesregierung werden diese Bedenken nicht geteilt, allerdings hat der Bundestag einige Veränderungen erreichen können. Das Gesetz ist nach Auffassung der Bundesregierung nicht zustimmungspflichtig, so dass die Länderkammer nun im zweiten Durchgang vor allem über die Frage der Anrufung des Vermittlungsausschusses entscheiden muss.

Anhebung Kindergeld und Freibeträge: Länder fordern Entlastung für Alleinerziehende

Das Kindergeld und die Kinderfreibeträge sollen für das laufende und kommende Jahr leicht erhöht werden. Mit dem entsprechenden Gesetzentwurf, der dem Bundesrat in einem ersten Beratungsdurchgang vorliegt, kommt die Bundesregierung den Vorgaben des 10. Existenzminimumberichtes nach. Danach darf der Staat das Erwerbseinkommen zum Bestreiten des notwendigen Lebensunterhaltes nicht besteuern. Folglich ist bei Familien mit Kindern vorgesehen, dass der steuerliche Grundfreibetrag rückwirkend zum 1. Januar 2015 um 118 Euro auf 8.472 Euro erhöht werden soll. Mit Beginn des kommenden Jahres ist eine weitere Anhebung um 180 Euro beabsichtigt. Der steuerliche Kinderfreibetrag soll ebenfalls rückwirkend um 144 Euro auf 7.152 Euro je Kind und ab Januar 2016 um weitere 96 Euro erhöht werden. Für sozial schwächere Familien will die Bundesregierung entsprechend das Kindergeld in diesem Jahr um zunächst vier und ab dem kommenden Jahr um sechs Euro monatlich je Kind erhöhen. Zwar begrüßen die Länder die verfassungsrechtlich gebotenen Anpassungen, allerdings gehen diese nach Meinung der Länderkammer nicht weit genug. Dabei wird insbesondere eine spürbare Entlastung von Alleinerziehenden für notwendig erachtet. Voraussichtlich einstimmig wird der Bundesrat deshalb in seiner Stellungnahme fordern, den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende um 600 Euro auf dann 1.908 Euro anzuheben. Dieser sollte nach Kinderzahl gestaffelt und für jedes weitere Kind um jeweils

240 Euro angehoben werden. Für die mit dem Gesetzentwurf beabsichtigten Leistungsverbesserungen fordern die Länder zudem eine finanzielle Kompensation.

Intensive Beratungen der Länderkammer zum Fracking

Dem Plenum des Bundesrates liegen am Freitag die Gesetzentwürfe der Bundesregierung zum Fracking in einem ersten Beratungsdurchgang vor. Es handelt sich um einen Gesetzentwurf zur Regelung wasser- und naturschutzrechtlicher Vorschriften sowie einen Entwurf zur Ausdehnung der Bergschadenshaftung. In einer späteren Plenarsitzung wird zudem noch die Verordnung zur Einführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen von den Ländern zu beraten sein. Im Fokus der Gesetzesvorhaben steht auch der Schutz des Grundwassers und der Trinkwasserversorgung. Fracking soll deshalb in sogenannten unkonventionellen Lagerstätten, das heißt in Schiefer- und Kohleflözgestein, zunächst nur zu Erprobungs- und Forschungszwecken erlaubt sein. Allerdings soll eine anschließende kommerzielle Nutzung nicht ausgeschlossen werden wenn eine wissenschaftliche Expertenkommission den Einsatz der Fracking-Technologie in diesem Areal als unbedenklich einstuft. Grundsätzlich verboten werden soll Fracking in Naturschutzgebieten und Nationalparks; aber auch in Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebieten sowie in Einzugsgebieten von Talsperren und natürlichen Seen, die der Entnahme von Wasser für die öffentliche Wasserversorgung dienen. Weiterhin erlaubt bleiben soll das seit Jahrzehnten in Deutschland eingesetzte konventionelle Fracking in tiefen Gesteinsschichten. Dem Plenum des Bundesrates liegen umfangreiche Empfehlungen der Fachausschüsse vor. Dabei geht der Gesetzentwurf der Bundesregierung insbesondere dem Umweltausschuss nicht weit genug. Auch der Gesundheitsausschuss empfiehlt das Fracking-Verbot für weitere Gewässer, zum Beispiel für Badegewässer, auszudehnen. Dem Wirtschaftsausschuss erscheinen die Verbote in Naturschutzgebieten und Nationalparks hingegen als zu weitgehend. Welcher Empfehlung das Plenum im Detail folgen wird, ist derzeit noch offen.

Entlastung von Kommunen: Länder fordern strukturelles Engagement des Bundes

Die Bundesregierung will Investitionen finanzschwacher Kommunen fördern und Länder und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern entlasten. Der entsprechende Gesetzentwurf liegt der Länderkammer am Freitag in einem ersten Beratungsdurchgang vor. Zum einen ist die Einrichtung eines Fonds mit einem Sondervermögen von 3,5 Milliarden Euro vorgesehen. Daraus sollen in den Jahren 2015 bis 2018 Investitionen von struktur- und finanzschwachen Kommunen mit einem Fördersatz von bis zu 90 Prozent gefördert werden. Ab dem Jahr 2017 ist eine weitere kommunale Entlastung von 1,5 Milliarden Euro vorgesehen. Zum anderen soll mit dem Gesetzentwurf die zwischen Bund und Ländern erzielte Verständigung zur Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen umgesetzt werden. Danach stellt der Bund für das laufende und kommende Jahr insgesamt eine Milliarde Euro zur Verfügung, die hälftig von den Ländern zu refinanzieren ist. Der Bundesrat begrüßt das Gesetzesvorhaben, wird jedoch am Freitag mit den Stimmen Hamburgs auch umfangreich dazu Stellung nehmen. Als notwendig erachtet wird beispielsweise, dass der Bund die Lage der kommunalen Haushalte strukturell verbessert und die Finanzierung von zukunftsorientierten Investitionen durch eine auf Dauer angelegte bundesseitige Stärkung ermöglicht. Ähnliches gelte für die Aufnahme von Flüchtlingen. Nur mit einer angemessenen strukturellen Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterbringung, Gesundheitsversorgung sowie an der Integration und

Sprachförderung kann nach Meinung der Länder die große Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge bewältigt werden.

NSU-Skandal: Gesetz greift Hamburger Initiative zur Hasskriminalität auf

Die Länderkammer berät am Freitag abschließend ein Gesetz der Bundesregierung, mit dem die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses für den Bereich Justiz umgesetzt werden, sofern sie in die Zuständigkeit des Bundes fallen. Der Untersuchungsausschuss hatte im Sommer 2013 einen umfangreichen Abschlussbericht zu den Versäumnissen der Sicherheitsbehörden bei den Ermittlungen der Mordserie des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) vorgelegt. Das vorliegende Gesetz erweitert zum einen die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts und sorgt dafür, dass dieser künftig frühzeitiger in laufende Ermittlungen einzubinden ist. Zum anderen ist eine Regelung vorgesehen, wonach rassistische, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende Beweggründe von Straftaten in Zukunft strafverschärfend zu berücksichtigen sind. Damit greift das Gesetz auch eine Hamburger Initiative zur Bekämpfung von Hasskriminalität auf, die erstmalig im Jahr 2010 eingebracht und in einem zweiten Anlauf im März 2012 beschlossen wurde (Bundesratsbeschluss 26/12). Gegen den zustimmungspflichtigen Gesetzentwurf hatte der Bundesrat im ersten Beratungsdurchgang keine wesentlichen Einwände erhoben. Auch der Bundestag nahm den Gesetzentwurf ohne Änderungen an. Dem folglich unveränderten Gesetz wird die Länderkammer am Freitag deshalb voraussichtlich einstimmig zustimmen. **Dr. Till Steffen, Justizsenator der Freien und Hansestadt Hamburg**, sagt dazu: „Es ist gut, dass von Hass motivierte Kriminalität jetzt strenger verfolgt werden kann und dieses Gesetz bald in Kraft tritt. Damit machen wir deutlich, dass wir Menschen beistehen, die aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Religion, ihrer sexuellen Vielfalt oder einfach weil sie anders sind, angegriffen werden und dass wir das Unrecht nicht dulden, das ihnen geschieht. Das neue Gesetz wird einen wertvollen Beitrag dazu leisten, Rassismus und Fremdenhass in unserer Gesellschaft konsequent zurück zu weisen.“

Hamburg begrüßt gesetzliche Grundlage für das Deutsche Institut für Menschenrechte

Der Bundesrat berät am Freitag über einen Gesetzesentwurf, mit dem die Unabhängigkeit des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMR e.V.) gesichert werden soll. Das DIMR wurde im März 2001 auf Empfehlung des Bundestages gegründet. Es soll als Nationale Menschenrechtsinstitution Deutschlands zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte durch Deutschland im In- und Ausland beitragen. Die nun vorliegende gesetzliche Grundlage ist die Voraussetzung dafür, dass das Institut auch künftig seinen sogenannten A-Status bei den Vereinten Nationen (VN) behält. Mit diesem sind wichtige Teilnahme- und Rederechte im Menschenrechtsrat der VN verbunden. Hamburg begrüßt, dass es gelungen ist, das Institut auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen und so seine wichtige Tätigkeit weiter zu ermöglichen. Gegen den Gesetzentwurf der Bundesregierung wird der Bundesrat voraussichtlich keine Einwände erheben.

Höheres Wohngeld ab 2016: Hamburg empfiehlt regelmäßige Anpassung

Das Wohngeld für Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen soll ab 2016 deutlich erhöht werden. Dies sieht ein Gesetzentwurf der Bundesregierung vor, der dem Bundesrat am Freitag zur ersten Beratung vorliegt. Da das Wohngeld von Bund und Ländern je zur Hälfte gezahlt wird, bedarf das Gesetz der Zustimmung des Bundesrates. Hamburg und weitere Länder empfehlen, eine regelmäßige Überprüfung von vier Jahren und ggf. Anpassung der Wohngeldhöhe in den

Gesetzentwurf aufzunehmen. Zuletzt wurde das Wohngeld im Jahr 2009 erhöht. Seither sind Einkommen, Mieten und Nebenkosten deutlich gestiegen. Die tatsächliche Höhe des Wohngeldes richtet sich nach der Zahl der Haushaltsmitglieder, dem Gesamteinkommen und der Miethöhe.

Mehr Schutz für Sparerinnen und Sparer bei Bankenpleiten

Die Einlagen von Sparerinnen und Sparern werden bei Bankenpleiten künftig besser geschützt. Hintergrund ist die Umsetzung der neugefassten EU-Einlagensicherungsrichtlinie in deutsches Recht, welche am Freitag von der Länderkammer abschließend beraten wird. Mit dem Umsetzungsgesetz wird die Einlagensicherung nicht nur leistungsfähiger, sondern auch kundenfreundlicher. Wie bisher bleiben Sparbeträge bis 100.000 Euro garantiert. Die Auszahlungsfrist soll hingegen von 20 auf 7 Arbeitstage sinken. Zudem sind zukünftig besonders schutzwürdige Einlagen, wie beispielsweise aus einem Immobilienverkauf oder aus sozialrechtlichen Abfindungen, bis zu einem Betrag von 500.000 Euro gesetzlich abgesichert. Übergreifend sollen mit der neuen EU-Einlagensicherungsrichtlinie die Wettbewerbsbedingungen für Finanzdienstleistungen im europäischen Binnenmarkt vereinheitlicht und die Stabilität des Finanzsektors in Europa gestärkt werden. Der Bundesrat begrüßt das deutsche Umsetzungsgesetz und wird den Vermittlungsausschuss voraussichtlich nicht anrufen.

Schwarzfahren in Bussen und Bahnen wird teurer

Das Bußgeld für Schwarzfahren soll von derzeit 40 Euro auf künftig 60 Euro angehoben werden. Mit der Verordnung über das sogenannte erhöhte Beförderungsentgelt kommt die Bundesregierung einem entsprechenden Antrag der Länderkammer vom November 2014 nach (Bundesratsbeschluss 502/14), der auch von Hamburg unterstützt wurde. Mit dem erhöhten Bußgeld sollen die entstehenden Kosten bei den Verkehrsunternehmen zumindest teilweise ausgeglichen werden. Nach Schätzungen des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV) entstehen durch das Schwarzfahren allein im Bereich des HVV jährliche Einnahmeausfälle von etwa 20 Millionen Euro. Für diesen Betrag müssen hauptsächlich zahlende Fahrgäste aufkommen. Die derzeitige Bußgeldobergrenze von 40 Euro wurde seit mehr als zwölf Jahren nicht verändert. Seither sind sowohl die Preise, Löhne und Gehälter bei den Verkehrsunternehmen als auch die Fahrkartentarife deutlich gestiegen. Um seine Funktionen weiterhin erfüllen zu können, muss das erhöhte Beförderungsentgelt nach Meinung der Länder daher angepasst werden. Der nun vorgelegten Verordnung wird der Bundesrat deshalb voraussichtlich einstimmig zustimmen.

Fachgeschäfte sollen alte Elektrogeräte zurücknehmen

Großhandel und Fachgeschäfte sollen künftig Elektro- und Elektronik-Altgeräte beim Neukauf eines gleichwertigen Gerätes kostenfrei zurückzunehmen müssen. Dies sieht eine Überarbeitung des Elektronikgerätegesetzes vor, welche dem Bundesrat am Freitag zur ersten Beratung vorliegt. Als ‚große‘ Händler gelten Geschäfte mit mehr als 400 Quadratmetern Verkaufsfläche. Kleine Altgeräte (keine Kante darf länger als 25 Zentimeter sein) sollen große Händler generell zurücknehmen müssen, das heißt auch dann, wenn kein neues Gerät gekauft wird. Dies soll gleichermaßen für Online-Händler gelten. Anlass der Neuregelungen ist eine entsprechende Europäische Richtlinie, welche von der Bundesregierung in Deutschland umgesetzt werden muss. Davon unberührt bleibt die Möglichkeit, Elektro-Altgeräte bei Recyclinghöfen abgeben zu können. Für die Verbraucherinnen und Verbraucher würde die Rückgabe alter Geräte also künftig vereinfacht. Der Bundesrat begrüßt entsprechend den Gesetzentwurf. Dennoch werden zahlreiche Klarstellungen und einige

Ergänzungen vorgeschlagen. Beispielsweise sollten die datenschutzrechtlichen Vorgaben vom Gesetz unberührt bleiben, die Vertreiber, Hersteller und der Online-Handel gegenüber den Kundinnen und Kunden haben. Aus gleichem Grund sollen auch Chipkarten, auf welchen oftmals sensible personenbezogene Daten gespeichert sind, aus dem Anwendungsbereich des Gesetzes ausgenommen werden. Für diese auch von Hamburg unterstützten Empfehlungen zeichnet sich eine Mehrheit im Plenum ab.

Hamburg unterstützt Antrag zur besseren Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung

Hamburg wird am Freitag einen Entschließungsantrag Nordrhein-Westfalens unterstützen, der sich für eine verbesserte Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen einsetzt. Insbesondere, da die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme maßgeblich zum Ressourcen- und Klimaschutz beitragen kann. Um hocheffiziente Bestandsanlagen zu sichern sowie Planungs- und Investitionssicherheit für Neubau und Modernisierung zu schaffen, bedarf es jedoch einer Novellierung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes. Für die Entschließung zeichnet sich eine Mehrheit im Plenum der Länderkammer ab.

Olympia-Bewerberstadt Hamburg unterstützt Anti-Doping-Gesetz

Die Bundesregierung möchte ein eigenständiges Anti-Doping-Gesetz schaffen. Der entsprechende Gesetzentwurf liegt der Länderkammer im ersten Beratungsdurchgang vor. Dieser will die bisher in verschiedenen Gesetzen enthaltenen Vorschriften bündeln und neue Straftatbestände begründen. Beispielsweise soll der Erwerb und Besitz von Dopingmitteln bereits bei geringen Mengen strafbar sein. Gleiches soll für Selbstdoping gelten. In beiden Fällen soll künftig eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren verhängt werden können. Mit bis zu zehn Jahren Freiheitsentzug soll bestraft werden, wer durch Doping die Gesundheit einer großen Zahl von Menschen gefährdet. Der Bundesrat begrüßt das Ansinnen der Bundesregierung. Dennoch wird die Länderkammer in ihrer Stellungnahme einige Verbesserungen vorschlagen. Hamburg als nationale Bewerberstadt für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 in Deutschland unterstützt alle Bemühungen für einen sauberen und fairen Sport. Die Schaffung eines eigenen Gesetzes wird daher ausdrücklich begrüßt.

Bekämpfung des internationalen Terrorismus

Die Länderkammer berät am Freitag abschließend über ein Gesetz der Bundesregierung zum sogenannten Terrorismusstrafrecht. Damit soll der internationale Terrorismus gezielter bekämpft und die Resolution ‚Foreign Terrorist Fighters‘ des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 24. September 2014 umgesetzt werden. Das entsprechende Gesetz zur Änderung der Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten wird der Bundesrat voraussichtlich billigen. Das Gesetz schafft u.a. einen neuen Tatbestand der ‚Terrorismusfinanzierung‘, wonach jegliches Sammeln, Entgegennehmen oder Bereitstellen von Vermögenswerten für terroristische Aktivitäten unter Strafe gestellt wird. Bislang ist dies nur strafbar, wenn es sich um bedeutende Vermögen handelt.

Ersatzausweis für Terrorverdächtige

Terrorverdächtigen kann künftig auch der Personalausweis entzogen werden. Der Bundesrat wird am Freitag das entsprechende Gesetz der Bundesregierung voraussichtlich billigen. Damit wird ein weiteres Instrument zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus geschaffen. Bislang war es nur

möglich, gewaltbereiten Dschihadisten den Reisepass zu entziehen. Oft genügt jedoch der Personalausweis als Reisedokument, sodass in vielen Fällen die Ausreise nicht verhindert werden konnte. Aus Europa sind inzwischen 3400 Menschen, davon etwa 600 aus Deutschland, nach Syrien und in den Irak gereist, um sich dem ‚Islamischen Staat‘ anzuschließen. Von diesen 600 sogenannten ‚Foreign Fighters‘ sind etwa 200 Personen teilweise radikalisiert nach Deutschland zurückgekehrt. Das Gesetz schafft nun die Rechtsgrundlage, unter bestimmten Voraussetzungen Extremisten den Personalausweis zu entziehen. Sie erhalten dann einen Ersatz-Personalausweis, der nur innerhalb der Bundesrepublik Deutschland gültig ist.

Rückfragen der Medien:

Dr. Katrin Cholotta
Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund
Fon: 030 – 2 06 46-117
eMail: katrin.cholotta@lv.hamburg.de
www.hamburg.de/landesvertretung

Terminkalender

Vom 11. Mai bis 17. Mai 2015

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 11.05.2015

- 10:00** Rathaus, Kaisersaal
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen des **Senatsempfangs anlässlich des Treffens der Energieminister der G7-Staaten** in Hamburg ein Grußwort.

Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt teil.
- 17:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den **Generalkonsul der Volksrepublik China, Huiquan YANG, zum Abschiedsbesuch.**

Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt teil.
- 18:30** N17, Neumühlen 17, Hamburg
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Einweihung des Offshore-Windparks Nordsee Ost der RWE AG** ein Grußwort.
- 19:00** Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26
Staatsrat Wolfgang Schmidt spricht im Rahmen des **Senatsempfangs für die G7 Foreign Affairs Sous Sherpas** ein Grußwort.

Dienstag, den 12.05.2015

- 15:15** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Staatsrat Wolfgang Schmidt die **Bürgermeisterin und Regierungsvertreter von Xiantao (Volksrepublik China, Provinz Hubei)** zum Gespräch.
- 17:00** Rathaus, Kaisersaal
Staatsrätin Elke Badde spricht im Rahmen des Senatsempfangs anlässlich des **Internationalen Tages der Pflege zur Auszeichnung „Hamburgs Pflege – Ausbildungsbeste 2014“** ein Grußwort.
- 19:00** Berlin, Berliner Philharmonie, Herbert-von-Karajan-Straße 1
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt am Fest anlässlich des **50. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel** teil.
- 19:00** Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26
Staatsrätin Elke Badde spricht anlässlich des **Senatsempfangs für das Projekt Design Hambourg** ein Grußwort.

Mittwoch, den 13.05.2015

- 09:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz trifft im Rahmen eines **Journalisten-Austauschprogramms der Hochschule für Angewandte Wissenschaften**

Hamburg indische Journalisten zum Gespräch.

- 12:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen des **Senatsempfangs anlässlich des Besuchs des Bürgermeisters von Busan, Herrn Suh Byung-soo**, ein Grußwort.
- 15:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen des **Senatsempfangs anlässlich des 20-jährigen Bestehens von Hamburg 1** ein Grußwort.
- 19:30** Hamburgische Staatsoper, Dammtorstraße 28
Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn besucht eine **Vorstellung von „la bianca notte / die helle nacht“ von Beat Furrer**.

Freitag, den 15.05.2015

- 16:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Bürgermeister Olaf Scholz begrüßt die **Mitglieder der Auslandsschweizer-Organisation (ASO) Deutschland** anlässlich deren Jahreskonferenz in Hamburg.

Samstag, den 16.05.2015

- 12:00** Gedenkort Hannoverscher Bahnhof / HafenCity
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen der **Gedenkveranstaltung aus Anlass des Beginns der Deportation von Roma und Sinti am 16. Mai 1940** ein Grußwort.

Sonntag, den 17.05.2015

- 14:30** Derby-Gelände, Klein Flottbek
Staatsrat Volker Schiek besucht das **Deutsche Spring- und Dressurderby** und **nimmt die Siegerehrung mit Überreichung des Senatspokals** vor.